

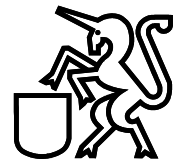


## 29. Sitzung Gemeinderat (2006 – 2010)

Datum, Zeit:	Montag, 12. April 2010, 19.00 Uhr
Ort:	Saal Reformiertes Kirchenzentrum ReZ
Vorsitz:	Peter Bless, Ratspräsident
Anwesend:	38 Ratsmitglieder
Entschuldigt abwesend:	Anna Hermann Toni Lanzendörfer
Protokoll:	Marcel Amhof (Sekretär)
Stimmzähler:	Rolf Biggel: Bereich rechts, FDP und Bürotisch Stephan Schneider: SVP und CVP Stefanie Huber: GEU und SP
Weibeldienst:	Leopoldo Putorti

### Geschäfte

1. Mitteilungen
2. Protokoll der 28. Sitzung vom 1. Februar 2010
3. Interpellation Gaby Gossweiler (FDP) und 7 Mitunterzeichnende „Gesellschaftspolitische Strukturen für Dübendorf“ / Beantwortung  
Geschäft Nr. 267/2009
4. Postulat Thomas Maier (GEU) und 16 Mitunterzeichnende „Für einen ökologischen und sparsameren Winterdienst“ / Begründung und Überweisung  
Geschäft Nr. 280/2010
5. Teilrevision kommunale Nutzungsplanung / Genehmigung  
Geschäft Nr. 275/2009
6. Teilrevision Anstellungs- und Besoldungsverordnung / Genehmigung  
Geschäft Nr. 264/2009
7. Zehn Bürgerrechtsgesuche
- 7.1. Vlaovic Milorad, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger, wohnhaft Gumpisbühlstrasse 52, Dübendorf  
Geschäft Nr. 132/2007
- 7.2. Skenderi Bekim, mazedonischer Staatsangehöriger sowie die Kinder Hatixhe, Jusuf, Jasin und Haxhere, wohnhaft Birchlenstrasse 15, Dübendorf  
Geschäft Nr. 224/2009
- 7.3. Mamudov Ibrahim, mazedonischer Staatsangehöriger, wohnhaft Neuweg 12, Dübendorf  
Geschäft Nr. 230/2009
- 7.4. Mihajlovic Goran, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger und seine Ehefrau Mihajlovic Biljana geb. Antic, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige sowie die Kinder Dar-

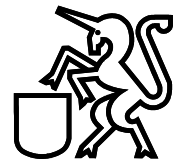


- ko und Emilija, wohnhaft Oskar-Bider-Strasse 22, Dübendorf  
Geschäft Nr. 253/2009
- 7.5. Rappoport Franklin Marc, französischer Staatsangehöriger, wohnhaft Täschenstrasse 12, Dübendorf  
Geschäft Nr. 254/2009
- 7.6. Trajkovic geb. Jovanovic Valentina, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, sowie das Kind Nikolija, wohnhaft Im Winkel 8, Dübendorf  
Geschäft Nr. 255/2009
- 7.7. Vasilic Miroslav, bosnisch-herzegowinischer Staatsangehöriger, wohnhaft Rechweg 4, Dübendorf  
Geschäft Nr. 256/2009
- 7.8. Santana Cortes Gracia Elena, spanische Staatsangehörige, wohnhaft Mettlenweg 8, Dübendorf  
Geschäft Nr. 258/2009
- 7.9. Adzemovic Vahidin, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger, sowie die Kinder Pinho Sacramento Susanna und Pinho Sacramento Adrian, wohnhaft Grundstrasse 12, Dübendorf  
Geschäft Nr. 261/2009
- 7.10. Hemmi Sonja geb. Manojlovic, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, wohnhaft Kriesbachstrasse 2b, Dübendorf  
Geschäft Nr. 262/2009
8. Zweite Fragestunde des Amtsjahres 2009/10

## 1. Mitteilungen

### Mitteilungen des Ratspräsidenten:

- Neue Geschäfte seit der letzten GR-Sitzung
  - Sachgeschäfte (Behandlung durch GRPK):
    - ARA Neugut Dübendorf; Umwandlung Zweckverband in eine Interkommunale Anstalt; Verabschiedung / Gründungsvertrag und Urnenabstimmung
    - Verordnung über die Abfallwirtschaft
    - Rahmenkredit von Fr. 1'080'000 für Investitionen im Bereich Abfall
    - Geschäftsbericht 2009
    - Jahresrechnung 2009
  - Bürgerrechtsgesuche (Behandlung durch BRK):
    - 1 Bürgerrechtsgesuch
  - Parlamentarische Vorstösse
    - Postulat Thomas Maier (GEU) „Für einen ökologischen und sparsameren Winterdienst“
  - Beantwortung parlamentarischer Vorstösse
    - Beantwortung der Schriftlichen Anfrage von Stefanie Huber (GEU) „Öffentliche WC-Anlagen“
    - Beantwortung der Interpellation von Gaby Gossweiler (FDP) „Gesellschaftspolitische Strukturen für Dübendorf“.
- Beschwerde Bürgerrechtsgesuch Hasim Kavakli: Der Bezirksrat hat die Beschwerde des Beschwerdestellers geprüft und den Beschluss des Gemeinderates aufgehoben. Der Gemeinderat hat die Ablehnung des Bürgerrechtsgesuchs mit dem Wegzug aus der Gemeinde begründet. Der Bezirks-



rat stellt fest, dass der Frage der Zumutbarkeit des Fortbestands der Wohnsitzdauer in Dübendorf während der Behandlung des Gesuches nicht nachgegangen worden sei. Der Gemeinderat wird durch den Bezirksrat angewiesen, erneut über das Einbürgerungsgesuch zu befinden.

- Nächste Sitzung
  - Die nächste Sitzung des Gemeinderates findet am Montag, 10. Mai 2010 im katholischen Pfarreizentrum Leepünt statt.

## Vorstellung Stadtschreiber David Ammann:

Stadtpräsident Lothar Ziörjen stellt den neuen Stadtschreiber David Ammann vor.

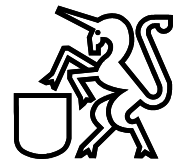
## Fraktionserklärungen:

### *Peter Schuppisser (SP):*

„Das Bundesgericht hat vor einer Woche eine Klage des Vereins Flugschneise Süd Nein abgewiesen und erlaubt damit, dass der Flughafen neu ‚in Ausnahmefällen‘ auch tagsüber ausserhalb der DVO-Zeiten von Süden her angefliegen werden darf. Damit ist dem Flughafen eine neue Schleuse geöffnet worden. Südanflüge sind nach geltendem Zonenrichtplan und Umweltschutzgesetz nach wie vor illegal und für die betroffene Bevölkerung eine grosse gesundheitsgefährdende Belastung. Wenn es nach dem Willen des Flughafens geht, soll jedoch alles noch viel schlimmer werden. Der seit einiger Zeit vorliegende Sachplan Infrastruktur Luftfahrt (SIL), ein Planungs- und Koordinationsinstrument des Bundes, stellt im Bericht ‚Variantenoptimierung‘ drei neue Betriebsvarianten vor. Alle mit Südstarts straight. Das heisst, dass nicht nur auch tagsüber von Süden her gelandet werden soll, es sollen auch Starts geradeaus in den Süden eingeführt werden. Will heissen: Extrem emissionsintensive Südstarts über das dichtestbesiedelte Gebiet der Schweiz. Unser Zürcher Stadtflughafen hat zum Ziel, um jeden Preis die Kapazität auf 36 Millionen Passagiere pro Jahr aufzustocken. Angestrebt wird eine Spitzenkapazität von 100 Flugbewegungen pro Stunde. Das heisst alle 36 Sekunden eine Flugbewegung. Eine derartige Variantenoptimierung wird nur mit unlimitierten Starts und Landungen über den Süden möglich werden. Über Dübendorf und über Gockhausen. Variantenoptimierung gilt dabei nur für den Flughafen, nicht für die Bevölkerung: Unsere Wohn- und Erholungsgebiete werden zur Pampa und zur Lärmkloake verkommen. Lärm und giftiger Dreck aus den Triebwerken bedeuten ein grosses gesundheitliches Risiko für die Bevölkerung. Zudem: Wird das SIL-Objektblatt vom Bundesrat tatsächlich genehmigt, werden mit einem Schlag tausende von hängigen Rechtsverfahren hinfällig. Rechtsverfahren, die jetzt über Jahre unbehandelt geblieben und einfach schubladiert worden sind. Der SIL kennt keinen Rechtsweg. Werde Damen und Herren, das heisst Rechtsstaat ade! Seit 2357 Tagen wird der Zürcher Flughafen illegal von Süden her angefliegen. Der Flughafen macht aus diesem Staat Bananensalat. ‚Er kaufte sich das ganze Land, mit Präsident und Parlament, mit allem was dazu gehört, damit keiner die Geschäfte stört‘, hat Udo Lindenberg einmal in einem Lied gesungen. Die SP/Juso-Fraktion ist besorgt, dass unter der Ägide der Flughafen-Lobby Rechtssicherheit im Umfeld des Flughafens nicht mehr gewährleistet ist. Wir sind besorgt, dass die Gesundheit der Bevölkerung, dass unser Wohn- und Lebensraum einem rein privatwirtschaftlich orientierten Denken der Flughafen Zürich AG geopfert werden soll.“

## **2. Protokoll der 28. Sitzung vom 1. Februar 2010**

Gegen das erwähnte Protokoll sind beim Präsidenten des Gemeinderates keine Berichtigungsanträge eingegangen. Es ist somit in Anwendung von Art. 58 der Geschäftsordnung genehmigt.



### **3. Interpellation Gaby Gossweiler (FDP) und 7 Mitunterzeichnende „Gesellschaftspolitische Strukturen für Dübendorf“ / Beantwortung Geschäft Nr. 267/2009**

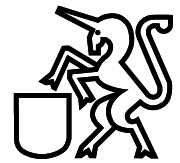
#### Stellungnahme Gaby Gossweiler (FDP) zur Antwort des Stadtrates:

„Wir bedanken uns beim Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation, die vor allem aufzeigt, warum ein Ressort ‚Gesellschaft‘ für ihn nicht in Frage kommt. Diese Argumentation ist dann nachvollziehbar, wenn man grundsätzlich negativ zu diesem Thema eingestellt ist und bei der Aufzählung von Schwächen/Stärken bzw. Nutzen/Gefahren diese negative Haltung voll einfließen lässt. Was überhaupt nicht befriedigt ist die ungenügende Beantwortung der Fragen 1 und 2. Es wird davon gesprochen, dass der Stadtrat und die Verwaltung ‚Trends‘ verfolgen und die Angebote und Strukturen entsprechend der gesellschaftlichen Entwicklung anpassen, und dass bezüglich der Integrationsproblematik in der Stadtverwaltung eine 30-Prozent-Stelle geschaffen worden ist. Ferner wird dargelegt, dass eine interdisziplinäre Zusammenarbeit in einem Geschäftsfeld ‚Gesellschaft‘ die bisherigen Geschäftsfelder und Verantwortlichkeiten ‚verwässern‘ würden und dass in der gemäss Stadtrat ‚Familienphase‘ Problematiken vor allem in der Schule gelöst werden müssten. Dass die ‚Bedürfnisse der Interpellanten‘ sinnvollerweise ins Leitbild und in die Legislaturzielen der Behörden einfließen sollten, da dort der Stadtrat aufzeige, welche Visionen und Strategien er zur Bewältigung der anstehenden gesellschaftlichen Entwicklung verfolgen würde, und welche konkreten Handlungsanweisungen er davon ableitet, ist schön und gut aber bekanntlich überhaupt nicht verbindlich. Fazit: Für den Stadtrat ist klar – Wir lassen alles so, wie es bisher war. Dass er dabei der schon jetzt überbelasteten Schule weiterhin die Hauptverantwortung für die ‚Gesellschaftlichen Belange‘ zuweist, dass er zugibt, dass er nicht willens oder nicht fähig ist zu einer sinnvollen interdisziplinären Zusammenarbeit – jeder pflegt weiterhin sein Gärtchen – und dass er übersieht, dass zu ‚Gesellschaftspolitischen Strukturen‘ nicht nur Integration und Schule gehören, ist für mich nicht nachvollziehbar. Mit seinem Verhalten lässt der Stadtrat weiterhin das Potential der ‚Freiwilligenarbeit‘ brach liegen und mutet es der Bevölkerung und den politisch Tätigen auch zukünftig zu, als ‚Nachfragende mit den Anbietenden im Internet zusammengeführt‘ zu werden. Es wird interessant werden, welche ‚Trends‘ der Stadtrat verfolgen wird und im Leitbild der Stadt Dübendorf Aufnahme finden bzw. in die Legislaturziele 2010-2014 einfließen werden. Noch spannender wird es zu sehen, wie diese ‚Trends‘ in den kommenden Jahren umgesetzt werden. Einmal mehr: Was man nicht will, macht man teuer und überlegt sich keine kostengünstige Variante und schon gar nicht, wie eine Vernetzung der gemäss Stadtrat bestehenden optimalen Strukturen innerhalb einer schon bestehenden Stelle in der Verwaltung möglich wäre. Schade, aber bequem.“

#### Allgemeine Diskussion:

##### *Orlando Wyss (SVP):*

„Um es vorwegzunehmen, die SVP Dübendorf ist zufrieden mit der Antwort des Stadtrates. Was an dieser Interpellation am meisten erstaunt ist der Absender dieses Vorstosses. Die Verwaltung auszubauen, den Bürger immer mehr durch staatliche Institutionen führen und kontrollieren zu wollen, sind typisch linke Anliegen. Dass diese Interpellation von Leuten kommt, welche zur Hauptsache die Wortschöpfung liberal im Parteinamen haben, zeigt eigentlich nur auf, für was man das abgedroschene Wort liberal alles gebrauchen kann. Sollten die Interpellanten der Meinung sein, eine Stelle für gesellschaftspolitische Anliegen schaffen zu können, ohne den Stellenplan bei der Verwaltung auszubauen, wäre dies mehr als nur naiv. Zum Glück hat hier der Stadtrat die richtige Antwort dazu gegeben und die SVP muss nicht einen Leistungsausbau unserer Verwaltung bekämpfen. Da die Kommunalwahlen nun vorbei sind, können wir hoffen, dass wir eine Zeit lang von solchen Vorstössen verschont bleiben. Obwohl die Dübendorfer Bevölkerung nicht direkt zu dieser Frage Stellung nehmen konnte, hat sie doch eine klare Antwort darauf gegeben. An den Kommunalwahlen 2010 vor



einem Monat wurden von der Bevölkerung diejenigen politischen Kräfte gestärkt, welche sich für vermehrte Selbstverantwortung im Umgang mit staatlichen Stellen gegen einen Ausbau unserer Verwaltung ausgesprochen haben. Auch wenn im Mai die Zusammensetzung des Stadtrates ändert und eine liberale Kraft das Gremium ergänzt, hoffen wir doch, dass sich die grundsätzliche Haltung zu dieser Interpellation in der Exekutive nicht ändert.“

*Hans Baumann (SP):*

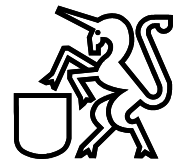
„Für die SP/Juso-Fraktion greifen die Interpellanten ein berechtigtes Anliegen auf: Die Strukturen der städtischen Verwaltung müssten sich an veränderte gesellschaftliche Bedingungen und Bedürfnisse anpassen. Familien-, Jugend-, Integrations- und Alterspolitik sind wichtiger geworden und bedürfen einer besseren Koordination. Diese Belange sind heute auf verschiedene Ressorts verteilt, und jeder Stadtrat – das ist wohl eine Eigenheit von Verwaltungen – pflegt sein Gärtchen so gut er kann. Oft gibt es Doppelspurigkeiten, oder man arbeitet aneinander vorbei. Dringende Angelegenheiten bleiben liegen. Ich möchte nur ein Beispiel geben: Schon mehrmals wurde von diesem Rat verlangt, dass Dübendorf auf seiner Homepage ein Webportal errichtet, das Eltern, die eine Betreuungsmöglichkeit für ein Kind suchen, verwenden können, egal ob im vorschulischen oder im schulischen Bereich. Mit Ansprechpersonen, Telefonnummern, auch derjenigen privater Institutionen, Tarifen, Infomaterial zum Herunterladen etc. Das wurde zwar mehrmals versprochen, aber einen entsprechenden Zugang sucht man immer noch vergebens. Die vorliegende Antwort des Stadtrates auf diese Interpellation könnte defensiver nicht sein. Von drei möglichen Szenarien, die der Stadtrat aufzeigt, wird dasjenige des Nichtstuns bevorzugt. Das ist bedauerlich. Die SP/Juso-Fraktion ist davon überzeugt, dass die wichtigen Bereiche ‚Familie und Gesellschaft‘ in einem Verantwortungsbereich zusammengefasst werden sollten und könnten, ohne dass dies wesentlich mehr Personal oder Geld braucht. Wir sind aber trotzdem zuversichtlich: Da die Parteien, welche diese Interpellation lanciert haben, in Zukunft immerhin drei von sieben Stadträten stellen, sollte es ja ein Leichtes sein, dafür zu sorgen, dass in der neuen Legislaturperiode hier etwas vorwärts geht.“

Das Geschäft Nr. 267/2009 ist somit abschliessend behandelt.

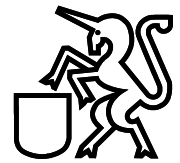
#### **4. Postulat Thomas Maier (GEU) und 16 Mitunterzeichner „Für einen ökologischen und sparsameren Winterdienst“ / Begründung und Überweisung Geschäft Nr. 280/2010**

Begründung Thomas Maier (GEU):

„Da die Märzsession mangels Geschäften ausgefallen ist, befinden wir uns nun bei der Beratung dieses Geschäftes schon mitten im Frühling und hoffentlich damit verbundenen Frühlingsgefühlen. Die kräftige Bise von gestern und heute bringt uns zwar zum Glück nicht schon wieder Schnee, dafür erinnern wir uns vielleicht mit dieser Hilfe etwas stärker an den vergangenen, doch ziemlich kalten und längeren Winter. Ich denke, sie alle kennen das Ziel, das wir mit diesem Postulat erreichen möchten und ich gehe daher noch auf die Kernaussagen aus meiner Begründung ein. Erinnern sie sich an das letzte Januarwochenende in Dübendorf? Ausser auf Hauptachsen und neuralgischen Punkten waren die Strassen winterlich weiss. Dutzende von Familien genossen zur grossen Freude ihrer Kinder sowohl am Samstag wie auch am Sonntag Ausflüge direkt vor der Haustüre. Der Start mit den Schlitten konnte direkt vor der Haustüre erfolgen. In Scharen zog es die Menschen in den frischen, wunderbaren Schnee. Wer sich mit gutem Schuhwerk ausrüstete und den Verhältnissen angepasst war, konnte die Pracht für einmal auch in unseren Quartieren in vollen Zügen geniessen. Zuvor überboten sich leider auch im Winter 2009/2010 viele Gemeinden, darunter eben auch Dübendorf, mit ihren salztechnischen Möglichkeiten. Eine einzige Zahl hierzu verdeutlicht dies eindrücklich. Gemäss Geschäftsbericht der Stadt Dübendorf wurden allein im Winter 2008/2009 durch die Stadt



Dübendorf 287 Tonnen Salz auf unsere Quartier- und Gemeindestrassen verteilt. Quartier- und Gemeindestrassen, weil hier die Schwarzräumung der Hauptachsen durch den Kanton nicht in der Zahl enthalten ist. Dazu kamen lediglich 21 Kubikmeter Split. Die Zahlen für den Winter 2009/2010 liegen noch nicht vor – sie kommen dann mit dem Geschäftsbericht 2009/2010 und werden wohl noch ein Stück höher sein. In den Wochen zuvor kam es mehrmals vor, dass die Strasse weiss vor Salz statt von Schnee war. Gehwege (zum Beispiel bei der Alten Gfennstrasse) werden um 5, 6 und 7 Uhr gesalzen. Oft blieben – wohl auf Grund eines Defektes – ganze Häufchen von Salz liegen. Der Defekt wurde länger nicht behoben, selbst im März war dies noch so. Eine Verschwendung, die sich übrigens mit dem Einsatz von Sole wohl stark einschränken lassen würde. Diese unerwünschten Missstände geben also schon seit vielen Jahren zu Unmut Anlass. Statt dass sich die Situation verbesserte, wurde sie eben jeden Winter noch schlimmer. Mit einer einzigen Ausnahme eben des letzten Januarwochenendes, weil schlicht und einfach die Salzlager leer waren. Meine bereits erwähnten Beispiele lassen sich um ein Weiteres ergänzen: Am 5. März, also zwei Tage vor den Lokalwahlen, gab es noch einmal richtig Schnee. Und auch an diesem Tag war zum Beispiel der Chileweg nach Gockhausen quer durch den Wald schon nach wenigen Stunden schön schwarz geräumt. Ich war zwar mit dem Velo unterwegs, freute mich aber auf eine Schneeunterlage. Mittlerweile neige ich fast zur Aussage, dass ich 365 Tage im Jahr in Dübendorf selbst auf Waldwegen Velofahren kann – geräumt wird sowieso überall. Das Beispiel vom Wochenende des 20. Dezember, an dem der Wanderweg zum Zoo hinauf mitten durch den Wald schwarz geräumt war, habe ich in meiner Begründung ausführlich beschrieben. Dies ist nur eine kleine, dafür ganz konkrete Auflistung der diversen Missstände. Unbestritten ist zudem, dass dieser enorme Salzeinsatz nicht nur zu einem grossen Schaden für die Umwelt führt, sondern auch zu enormen Kosten aufgrund von zusätzlichen Belagsschäden führt. Der Vollständigkeit halber müssen hier auch die Schäden an Autos, Velos und Schuhen aufgelistet werden. Die Belagsschäden können an diversen Stellen in Dübendorf aktuell im Frühling besichtigt werden. Vor einigen Jahren stellte die Stadt Dübendorf auf Quartierstrassen, Gehwegen und diversen kleinen Wegen auf reduzierten Winterdienst um. Aufgrund von diversen Gründen, wohl auch Angst vor eventuellen Haftungsklagen, wurde dieser wieder abgeschafft und Schritt für Schritt der Salzeinsatz auf das heute unerträgliche Mass gesteigert. Dabei ist klar: Bricht der Winter ein, ist erhöhte Vorsicht geboten. Ein gewisses Mass an Eigenverantwortung ist von allen zu erwarten. Auch sollten wir aufhören, jede aufkeimende Freude am Winter gleich ersalzen zu wollen. Dass es auch anders geht, zeigen Beispiele aus anderen, umliegenden Gemeinden. Ausserdem würde ein sparsamerer Einsatz auch nicht dazu führen, dass uns dann das Salz für Autobahnen, Hauptachsen, neuralgische Stellen mit zum Beispiel starken Steigungen in Quartieren ausgeht. In der Regel kann in den Quartieren so mit gezieltem Einsatz von Salz/Sole oder Splitt die Sicherheit gewährleistet werden, dazu sind nicht 100 Prozent der Flächen schwarz zu räumen. Dass dies perfekt funktioniert, zeigen diverse, zum Teil heikle Quartierstrassenabschnitte am Abend des 31. Januar 2010. Die Postulanten lassen auch die Haftungsfrage nicht gelten, kann doch mit einer Signalisation die Information sichergestellt werden. Zudem waren offenbar aktuell die Haftungsfragen kein Thema mehr, obwohl ja wegen Salz-mangel weder Quartiere geräumt werden und auch prekäre Bereiche zu wenig gesalzen werden können und dies bisher auch nicht durch eine Information vor Ort sichergestellt wurde. Zudem ist dieser Mangel auch darauf zurückzuführen, dass die öffentliche Hand zu früh und zu viel Salz eingesetzt hat, welches nun fehlt, da der Winter richtig ausgebrochen ist, und da wäre eine Haftungsfrage wohl eher opportun. Mit der schrittweisen Umrüstung der Kommunalfahrzeuge auf Sole kann auch der Einsatz von Salz auf Hauptachsen und neuralgischen Punkten reduziert werden, weil die Sole schneller wirkt und mit deutlich weniger Salz auskommt. Gesamthaft unter Einbezug der externen Kosten wäre diese Lösung kaum teurer. Die Postulanten sind überzeugt, dass mit einer klaren Deklaration der reduzierte Winterdienst in Quartieren und auf Geh- und Naturwegen ohne Probleme umzusetzen ist. Dies zum Wohle unserer Umwelt, unserer Strassen und unseres Portemonnaies.“



## Stellungnahme Stadtrat Rolf Güttinger (EVP):

Der Stadtrat sei bereits, das Postulat entgegenzunehmen.

## Allgemeine Diskussion:

### *Reto Steiner (SVP):*

„Es war wieder einmal ein richtig schöner und vor allem kalter Winter. Meine Familie und ich waren im Schnee unterwegs. Dutzende Familien, die mit Schlitten unterwegs waren, habe ich aber nicht gesehen. Dass man sich bei dieser Witterung mit gutem Schuhwerk, Winterjacke usw. ausrüstet ist jedem klar. Man geht ja auch nicht in kurzen Hosen Ski fahren. Wenn ich die Liste der Missstände durchgehe, muss ich leider nur den Kopf schütteln. Ich glaube, der Postulant hat vergessen, dass in diesem Winter alle zwei bis drei Tage Schneefall eingesetzt hat, alles vereist wurde und die Winterdienste immer wieder in den Einsatz kamen. Die Winterdienste streuen nicht aus Freude Salz auf die Strassen. Aber für das Wetter können sie nichts. Der Werkverkehr muss trotzdem auf die Strasse. Oder sollen die Läden keine frischen Waren mehr verkaufen? Oder soll der Sanitär einen Wasserschaden nicht mehr beheben? Die Aussage, dass in der Schweiz sowie in ganz Europa die Salzlager leer waren, stimmt leider nicht. Bei den Rheinsalinen hatte es noch Salz. Die Wartezeit betrug in dieser Zeit ca. eine Woche ab Bestellungseingang. Die Stadt Zürich hat damals in Kroatien Salz eingekauft – und Kroatien gehört meines Wissens auch zu Europa. Nicht alle Belagsschäden sind auf die Verwendung von Salz zurückzuführen. Wenn beim Unterhalt der Strassen nicht ständig gespart würde, gäbe es weniger Schäden. Viele Strassen weisen Risse auf, durch welche Wasser eindringen kann. Dies führt dazu, dass bei kalten Temperaturen das Wasser gefriert, der Belag aufbricht auf und Belagsschäden entstehen sowie der Einsatz von Splitt auch nicht das Ei des Kolumbus ist. Hat der Postulant vergessen, dass nach der Schneeschmelze der gestreute Splitt wieder zusammengekehrt werden sollte und als Sondermüll behandelt werden muss? Gebraucher Splitt kann nicht einfach so entsorgt werden, dieser muss in den dafür speziell eingerichteten Recyclingfirmen aufgearbeitet werden. Ob dies ökologischer ist, bin ich mir nicht sicher, kostengünstiger ist es ganz sicher nicht. Die Kosten für die Schäden an Fahrzeugen zähle ich gar nicht mit. Die Umrüstung auf Sole ist nicht gratis. Nur das Umrüsten der Fahrzeuge reicht nicht aus. Und ich frage mich aus was Sole besteht. Ist da nicht Salz enthalten? In dem Punkt, dass es nicht nötig ist, jede Quartierstrasse zu räumen und zu salzen, gebe ich dem Postulanten jedoch recht. Dass er aber die Gehwege mit einem reduzierten Winterdienst ausführen möchte, kann ich nicht ganz nachvollziehen. Ich bin mir nicht ganz sicher, ob der Postulant mit dieser Aussage an die Kinder, Familien mit Kinderwagen, Gehbehinderte und alte Bewohner gedacht hat. Diese Bevölkerungsgruppen sind dringend darauf angewiesen, dass die Trottoirs sicher sind. Würde der Postulant sich bei der Bevölkerung informieren, wie ich es getan habe, würde man nie auf die Idee kommen, den Winterdienst auf den Trottoirs zu reduzieren. Ein wenig Mühe habe ich mit der Aussage, dass jeder Benutzer ein Mass an Eigenverantwortung mitbringen muss. Meiner Meinung nach muss jeder Verkehrsteilnehmer, egal zu welcher Jahreszeit, ein Mass an Eigenverantwortung und Rücksicht mitbringen. Dies gilt vor allem für die Velofahrer und Fussgänger. Ein Schild aufzustellen und zu meinen, die Haftungsfrage sei damit geregelt, ist ein bisschen einfach und erst noch falsch. Hätte der Postulant genauer recherchiert, hätte er gemerkt, dass es zu diesem Thema bereits einen Bundesgerichtsentscheid gibt. Laut Gesetz sind nämlich die Gemeinden dafür verantwortlich, dass die notwendigen Massnahmen für die Schneeräumung eingesetzt werden müssen. Ich will hier nicht noch länger werden, auf der Homepage der Stadt Dübendorf unter der Rubrik Winterdienst kann man alles nachlesen. Auch Vermerke auf die verschiedenen Grundlagen wie OR, Strassenverkehrsgesetz usw. sind aufgelistet. Dieses Postulat wurde zu einem Zeitpunkt eingereicht, als der Wahlkampf noch voll im Gange war, und der Postulant der Meinung war, dass die Behandlung des Postulates noch vor den Wahlen in den Gemeinderat kommt. Ich kann mir das nur so vorstellen. Sonst hätte sich der Postulant mehr Gedanken zu diesem Thema gemacht, nun habe ich ihm diese Arbeit abgenommen. Da die Wahlen nun aber vorbei sind und der Stadtrat genug andere Arbeiten zu



erledigen hat wie Neubau Alters- und Spitexzentrum, Bauhof usw. bitte ich Sie, dieses unnötige Postulat nicht zu überweisen.“

Abstimmung:

Für Überweisung des Postulates an den Stadtrat	21 Stimmen
Gegen Überweisung und für die sofortige Ablehnung des Postulates	13 Stimmen

In Anwendung von Art. 49, Ziff. 2 der Geschäftsordnung des Gemeinderates ist das vorliegende Postulat Geschäft Nr. 280/2010 somit dem Stadtrat zur Beantwortung überwiesen.

## **5. Teilrevision kommunale Nutzungsplanung / Genehmigung Geschäft Nr. 275/2009**

Referent KRL Thomas Maier (GEU):

„Gerne stelle ich ihnen möglichst kurz und effizient die Vorlage zur Teilrevision der kommunalen Nutzungsplanung vor. Die Teilrevision besteht aus Änderungen des Zonenplans, der Kernzonenpläne, der Gewässerabstandslinienplänen, der Bauverordnung und der Verordnung über die Fahrzeugabstellplätze. Letztmals revidiert wurde die kommunale Nutzungsplanung in den Jahren 1995 und 1996 – mit Ausnahme des Gebiets Hochbord, das erst im Jahr 1999 festgesetzt wurde. Die Mitglieder des Gemeinderates, die schon länger dabei sind, erinnern sich bestimmt an diese Diskussionen. Mittlerweile ist viel Wasser die Glatt runter geflossen, und aufgrund der Entwicklungen und Erfahrungen in den letzten Jahren ist nun ein moderater Änderungsbedarf entstanden, der mit dieser kleinen Teilrevision der kommunalen Nutzungsplanung entsprochen werden soll. Ich gehe im Folgenden auf wichtige Kernpunkte sowie einen kleinen, einstimmigen Änderungsantrag der KRL ein und zeige an Beispielen exemplarisch auf, was hauptsächlich an den Plänen geändert werden soll. Eine Gesamtrevision ist im Moment nicht angezeigt, da in für Dübendorf zentralen Gebieten wie das Flugplatzareal oder das Hochbord) noch vieles offen und Gegenstand von politischen Entscheidungsfindungsprozessen ist.

1. Im Schossacher findet eine Umzonung von IG1 zu W2c statt. Dies ist für die KRL ein wichtiger Hauptpunkt, da wir dies schon vor Jahren so vorgeschlagen haben. Für die weitere Entwicklung in Dübendorf ist es strategisch in vielerlei Hinsicht sinnvoll, Reserven von IG in W zu verschieben, weil wir Fläche für den Bau von Einfamilienhäusern in Dübendorf dringender benötigen als für Industrie- und Gewerbebauten. Diese konkrete Umzonung findet ausserdem an einem für die KRL äusserst sinnvollen Ort statt und schafft Raum, um Dübendorf zum Beispiel auch für steuerkräftige Neuzuzüger attraktiv zu halten.

2. Beim Änderungsantrag der KRL geht es um das Grundstück 8647. Dieses ist seit einigen Jahren im Besitz der Schule und soll als Reserve für das Schulhaus Wil dienen. Es ist nicht mehr als logisch, dieses auch aus der entsprechenden Wohnzone herauszunehmen und der Zone für öffentliche Bauten zuzuordnen.

3. Eine weitere wichtige Anpassung findet sich in der Bauverordnung. Dort ist neu enthalten, was wir hier im Gemeinderat mit einem Postulat gefordert haben. Das Postulat wurde Ende letzten Jahres abgeschrieben mit dem Hinweis, dass die geforderte Anpassung eben in dieser Teilrevision enthalten ist. Es ging dabei um den Ausnützungsbonus bei Minergie und Minergie-P Bauten. Dies ist nun hier in der Teilrevision enthalten für Arealbauten, was gemäss kantonaler Gesetzgebung im Moment das Maximum des Möglichen ist. Die kantonale Gesetzgebung lässt dies für Einzelbauten leider noch nicht zu. Die KRL beantragt dem Gemeinderat einstimmig der Änderung der kommunalen Nutzungsplanung mit Änderungsantrag der KRL zu genehmigen.“





## Stellungnahme Stadtpräsident Lothar Ziörjen (BDP):

Er danke der KRL und dem Kommissionspräsidenten für die Gelegenheit, das Geschäft in der Kommission vorstellen zu können. Jede grössere Revision einer Nutzungsplanung beinhalte noch kleine Fehler, welche nachträglich nicht mehr geändert werden könnten. Diese Fehler seien gesammelt worden und die entsprechenden Korrekturen Bestandteil dieser Teilrevision. Den Änderungsantrag der KRL zur Umzonung halte er für unterstützungswürdig.

## Abstimmung:

### 1. Änderungsantrag KRL

Die KRL stellt folgenden Antrag zur Zonenplanänderung (neu): Umzonung des Grundstückes Kat. Nr. 8647 von Wohnzone W2c in Zone für öffentliche Bauten Oe.

Für Änderungsantrag KRL	37 Stimmen
Gegen Änderungsantrag KRL	0 Stimmen

### 2. Schlussabstimmung

Genehmigung der Teilrevision kommunale Nutzungsplanung	37 Stimmen
Ablehnung der Teilrevision kommunale Nutzungsplanung	0 Stimmen

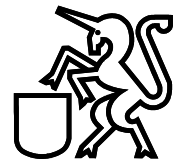
## Beschluss:

Der Gemeinderat, in Kenntnis eines Antrages des Stadtrates vom 3. Dezember 2009, gestützt Art. 29, Ziff. 4.1, der Gemeindeordnung vom 5. Juni 2005 beschliesst:

1. Der Teilrevision der kommunalen Nutzungsplanung vom 3. Dezember 2009 bestehend aus den Änderungen des Zonenplans, der Kernzonenpläne, der Gewässerabstandslinienpläne, der Bauordnung und der Verordnung über die Fahrzeugabstellplätze, wird gestützt auf § 88 des Planungs- und Baugesetzes (PBG) mit folgender Änderung zugestimmt:
  - Zusatz bei den Änderungen im Zonenplan: Umzonung des Grundstückes Kat. Nr. 8647 von Wohnzone W2c in Zone für öffentliche Bauten Oe.
2. Die Teilrevision bedarf gemäss § 89 PBG der Genehmigung durch die Baudirektion des Kantons Zürich und tritt nach der entsprechenden öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug

## **6. Teilrevision Anstellungs- und Besoldungsverordnung / Genehmigung Geschäft Nr. 264/2009**

Ratspräsident Peter Bless (BDP) erläutert das Vorgehen: In einer Eintretensdebatte werde zuerst Eintreten oder Nichteintreten beschlossen und bei Eintreten anschliessend die Detailberatung durchgeführt. Wenn in der Detailberatung zu den einzelnen Abschnitten in der ABVO keine Anträge gestellt würden, gelten sie als genehmigt. Das Büro des Gemeinderates werde in der Detailberatung den Änderungsantrag stellen, die teilrevidierte Anstellungs- und Besoldungsverordnung statt auf 1.1.2010 neu auf 1.1.2011 einzuführen.



Zum vorgeschlagenen Vorgehen gibt es keine Einwände.

## A. Eintretensdebatte

### Stellungnahme GRPK Hans Baumann (SP):

„Die GRPK beantragt dem Gemeinderat Zustimmung zum Antrag des Stadtrates gemäss Weisung Nr. 178 mit vier geringfügigen Änderungen. Beim Geschäft 264 handelt es sich um eine Teilrevision der Anstellungs- und Besoldungsverordnung ABVO. Dass trotzdem relativ viele Artikel geändert werden, hat vor allem mit der Anpassung an übergeordnetes Recht und dem Versuch zu tun, bessere, klarere Formulierungen zu finden. Ich werde deshalb hier nur auf die wichtigsten, zum Teil auch umstrittenen Änderungen in der stadträtlichen Weisung eingehen und dann jeweils auch gleich die Beurteilung und die Anträge der GRPK bekannt geben.

#### *Artikel 7 Probezeit*

Die neue Möglichkeit einer Probezeitverlängerung um drei Monate geht über das kantonale Recht und das OR hinaus und war in der GRPK umstritten. Die GRPK beantragt deshalb dem Gemeinderat folgende Ergänzung: ‚Die Probezeit kann in begründeten Fällen *im gegenseitigen Einvernehmen* um höchstens drei Monate verlängert werden.‘

#### *Artikel 11 Nebenbeschäftigung*

Hier wird neu die schriftliche Einwilligung der Anstellungsinstanzen verlangt. Es stellt sich aber ein grundsätzliches Problem: Die Stadt hat viele Teilzeitbeschäftigte. Diese müssen im Prinzip nicht darüber Rechenschaft ablegen was sie in ihrer Freizeit machen. Die GRPK beantragt deshalb folgende Ergänzung: ‚Das Personal darf nur mit schriftlicher Einwilligung der Anstellungsinstanzen eine bezahlte oder zeitraubende Nebenbeschäftigung ausüben, *sofern die Summe aller Arbeitspensen 100 Prozent übersteigt.*‘

#### *Artikel 34 Ferien*

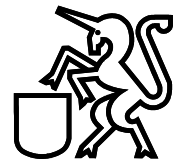
Dies ist eine der beiden wichtigsten Änderungen in der ABVO, zusammen mit der geplanten Überwälzung der Hälfte der NBU-Prämien auf das Personal und muss auch in diesem Zusammenhang gesehen werden. Für Angestellte unter 50 soll der Ferienanspruch von vier auf fünf Wochen erhöht werden. Davon würden rund zwei Drittel der Angestellten der Verwaltung und des ASZ profitieren. Das Einführen einer zusätzlichen Ferienwoche wird den Stellenplan beeinflussen und auch Mehrkosten verursachen, die aber schwer zu beziffern sind. Wegen dieser Mehrkosten war eine Minderheit der GRPK gegen die Erhöhung des Ferienanspruchs. Es wurde die Befürchtung geäußert, dass die Ferienverbesserung die Stadt am Schluss mehr kosten könnte als die Einsparungen durch die Überwälzung der NBU. Schliesslich sprach sich die GRPK aber mehrheitlich für die neue Lösung aus.

#### *Artikel 36 Urlaub*

Dieser Artikel sieht die Einführung eines Vaterschaftsurlaubs von fünf Tagen vor. Diese Änderung wird von der GRPK als familienfreundlich eingestuft, kostet die Stadt relativ wenig und wurde deshalb mehrheitlich befürwortet.

#### *Artikel 40 Krankheit, Schwangerschaft und Niederkunft*

Der neue Satz ‚Die Lohnfortzahlung endet in allen Fällen bei der Beendigung des Arbeitsverhältnisses‘ wirft die Frage auf, ob nicht in Einzelfällen eine neue Lücke im sozialen Netz geöffnet wird (zwischen Krankentaggeldleistung und IV). Eine Mehrheit der GRPK befürwortet jedoch diesen Einschub, da gekündigte Mitarbeitende jeweils vom Arbeitgeber informiert werden müssen, dass sie selbst eine Krankentaggeldversicherung abschliessen sollen.



## *Artikel 44 Unfallversicherung*

Diese Änderung gab in der GRPK am meisten zu reden: Eine Minderheit befürchtete, dass es dem Arbeitsklima abträglich ist, wenn neu die Hälfte der Nichtberufsunfallprämie auf die Angestellten der Stadt abgewälzt und somit Lohnabbau betrieben wird. Zudem entstehen Ungerechtigkeiten, da je nach Personalkategorie die Kosten ungleich sind (0,5 bis 1,2 Lohnprozente). Von der vom Stadtrat quasi als ‚Kompensation‘ eingeführten zusätzlichen Ferienwoche profitieren zudem nur die unter 50-jährigen (in der Regel gilt dies auch für den Vaterschaftsurlaub). Für die über 50-Jährigen hätte die Revision also nur Nachteile. Das betrifft immerhin rund einen Drittel des Personals. Eine Mehrheit der GRPK befürwortet jedoch diese Änderung, mindestens im Verbund mit der Ferienverbesserung: Die meisten öffentlichen Verwaltungen kennen die Prämienteilung bei der NBU und die Attraktivität Dübendorfs als Arbeitgeber hängt letztlich von der Gesamtheit aller Arbeitsbedingungen ab.

## *Artikel 57 Ferien*

Dem Betreuungspersonal von Krippen und Horten im Alter zwischen 35 und 50 Jahren und mindestens 6 Dienstjahren sollen die Ferien von 40 auf 30 Tage, den 50- bis 60-jährigen von 40 auf 35 Tage gekürzt wird. Eine Minderheit wollte hier die alte Regelung beibehalten, da Kleinkindererzieherinnen einer ähnlichen Belastung ausgesetzt sind wie Kindergärtnerinnen oder Primarlehrerpersonen. Eine Mehrheit der GRPK befürwortete jedoch diese Ferienkürzung von bis zu zwei Wochen.

## *Artikel 66 Unfallversicherung*

Formeller Antrag: ‚...auf Kosten der Stadt...‘ wird gestrichen. Natürlich nur im Fall die Kostenüberwälzung der NBU im Gemeinderat durchkommt.

## *Artikel 26 und 27 (Ausführungsbestimmungen)*

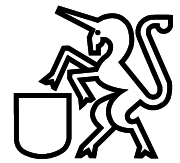
Formeller Antrag: Zur sprachlichen Klarheit wird einheitlich ‚unbesoldet‘ durch ‚unbezahlt‘ ersetzt.

Insbesondere die Punkte Ferien und Überwälzung NBU waren in der GRPK hart umstritten. In der Schlussdiskussion fand aber eine Mehrheit der GRPK die Vorlage genügend ausgewogen oder mindestens akzeptabel. Die GRPK beantragt deshalb dem Gemeinderat die revidierte ABVO gemäss stadträtlicher Weisung Nr. 178 mit genannten Änderungen anzunehmen.“

## Allgemeine Diskussion:

### *Patrick Walder (SVP):*

„Bei diesem Sachgeschäft geht es primär um formelle Änderungen der ABVO sowie um vereinzelte politische Änderungen. Die formellen Änderungen werden keine grosse Diskussion auslösen und haben auch in der GRPK keine grossen Diskussionen ausgelöst. Bei den politischen Änderungen sieht das jedoch ein bisschen anders aus. Bei diesem Sachgeschäft ist es wichtig, dass wir die Ziele so verstehen, wie sie im Antrag auch formuliert sind: Ziel 1 ist es, Änderungen aufgrund übergeordneter Bestimmungen sowie diverser Klärungen respektive Präzisierungen vorzunehmen. Ziel 2 ist es, die Entscheide des Stadtrats im Zusammenhang mit dem Sparprogramm ‚Focus06‘ umzusetzen, und das ist das Entscheidende dieses Sachgeschäft. Mit dem vorliegenden Antrag wird diesem entscheidenden Ziel nicht entsprochen. Es kann nie der Sinn einer Sparmassnahme sein, dass diese Mehrausgaben generiert. Nun wird es in der anschliessenden Detailberatung die Aufgabe des Gemeinderats sein, die formulierten Ziele des Stadtrats und dieses Antrags konsequent umzusetzen respektive anzupassen. Für die SVP wäre es auch angenehmer Geschenke zu verteilen und grosszügig die Ausgaben zu erhöhen, doch müssen wir unseren eindrücklichen Wählerauftrag wahrnehmen und unseren Job im Parlament korrekt und konsequent ausführen. In diesem Sinne und in der Hoffnung, dass die Ratsmehrheit ihren Job wahrnimmt, kündigen wir folgende Anträge an und sind gerne bereit Eintreten zu empfehlen.“



## *Artikel 34 Ferien:*

Wir beantragen die alte Regelung bei zu behalten, was bedeutet:

- bis und mit Kalenderjahr, in dem das 49. Altersjahr vollendet wird: 20 Arbeitstage
- vom Beginn des Kalenderjahres an, in dem das 50. Altersjahr vollendet wird: 25 Arbeitstage
- vom Beginn des Kalenderjahres an, in dem das 60. Alterjahr vollendet wird: 30 Arbeitstage

## *Artikel 36 Urlaub:*

Wir beantragen den Vaterschaftsurlaub von 5 Tagen zu streichen.“

## *Stadtpräsident Lothar Ziörjen (BDP):*

Er sei der Meinung, dass dies kein Geschäft im Links-rechts-Schema sei. Es gehe um die Mitarbeitenden der Stadt, von denen täglich eine Höchstleistung erwartet werde. Das Geschäft sei schon lange in Behandlung und schwierig zu diskutieren. Arbeitnehmer und Arbeitgeber wollten dabei das Maximum herausholen. Das Resultat sei ein Gesamtpaket, für das die Solidarität zwischen Alt und Jung gespielt habe. Insgesamt sei die vorgeschlagene Lösung ausgeglichen und könne von beiden Parteien als Gesamtlösung akzeptiert werden. Es sei aber nicht im Sinne dieser Gesamtlösung, das Gesamtpaket auseinanderzureissen und einzelne Änderungen vorzunehmen. Beim Änderungsantrag der GRPK zu Artikel 11 befürchte er, dass dadurch eine Unschärfe entstehe und sich die Frage stelle, was die Messlatte sei. Freiwilligenarbeit könne so nicht mehr gehandhabt werden.

Kein Antrag auf Nichteintreten, Eintreten ist damit beschlossen.

## **B. Detailberatung**

Anträge zu Punkt 1 des SR-Antrages (Neuerungen *kursiv*):

### **Artikel 7 Probezeit**

Änderungsantrag GRPK: Die Probezeit kann in begründeten Fällen *im gegenseitigen Einvernehmen* um höchstens drei Monate verlängert werden.

Begründung / Allgemeine Diskussion:

*Hans Baumann (SP) für die GRPK:*

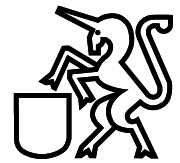
Gemäss OR und kantonalem Recht betrage die Probezeit maximal drei Monate. Eine Verlängerung sei deshalb nur in gegenseitigem Einvernehmen vorzunehmen.

*Patrick Walder (SVP):*

„Die SVP beantragt, auf diesen Zusatz zu verzichten. Dieser Zusatz ist nicht nötig, da eine Verlängerung der Probezeit immer im gegenseitigen Einvernehmen ist. Sofern einer der beiden Parteien nicht einverstanden ist, hat er die Möglichkeit in kürzester Frist zu kündigen. Somit ist das gegenseitige Einvernehmen bereits gegeben.“

Abstimmung:

Für Änderungsantrag GRPK	17 Stimmen
Gegen Änderungsantrag GRPK	19 Stimmen



## Artikel 11 Nebenbeschäftigung

Änderungsantrag GRPK: Das Personal darf nur mit schriftlicher Einwilligung der Anstellungsinstanzen eine bezahlte oder zeitraubende Nebenbeschäftigung ausüben, *sofern die Summe aller Arbeitspenssen 100 Prozent übersteigt.*

### Begründung / Allgemeine Diskussion:

*Hans Baumann (SP) für die GRPK:*

Zum einen stelle sich die Frage, wie eine bezahlte oder zeitraubende Nebenbeschäftigung definiert werde. Durch den beantragten Zusatz der GRPK werde sichergestellt, dass der Arbeitgeber keine Einflussmöglichkeiten auf Nebenbeschäftigungen bis zum Erreichen eines 100-Prozent-Arbeitspensums von Teilzeitmitarbeitenden habe.

Im Anschluss wird zwischen Stadtpräsident Lothar Ziörjen und Vertretern des Gemeinderates die Frage kontrovers diskutiert, ob es sich beim Änderungsantrag der GRPK um eine Verschärfung oder einer Milderung des stadträtlichen Antrages für die Arbeitnehmer handle.

### Abstimmung:

Für Änderungsantrag GRPK

34 Stimmen

Gegen Änderungsantrag GRPK

0 Stimmen

## Artikel 34 Ferien

Änderungsantrag SVP: Beibehaltung der alten Regelung:

- bis und mit Kalenderjahr, in dem das 49. Altersjahr vollendet wird: 20 Arbeitstage
- vom Beginn des Kalenderjahres an, in dem das 50. Altersjahr vollendet wird: 25 Arbeitstage
- vom Beginn des Kalenderjahres an, in dem das 60. Alterjahr vollendet wird: 30 Arbeitstage.

### Begründung / Allgemeine Diskussion:

*Patrick Walder (SVP):*

„Es ist äusserst heikel die Artikel 34 (Ferien) und Artikel 44 (Unfallversicherung) miteinander zu verbinden. Ich fordere Sie deshalb auf, betrachten Sie bei diesem Geschäft jeden Artikel für sich. In der offiziellen Begründung des Stadtrats heisst es, es sei dass Ziel, die Stadt als Arbeitgeber attraktiv zu machen. Ein solches Manko des Stadtrats an Selbstbewusstsein ist für mich erschreckend. Die Stadt ist sehr wohl ein guter Arbeitgeber. Die Studie der schweizerischen Vereinigung für Zukunftsforschung ‚Hoffnung 2010‘ ergab, dass bei den Befragten als wichtigstes für die Zukunft der sichere Arbeitsplatz genannt wurde. Wichtiger für die Befragten war nur ‚persönliche Gesundheit‘ und ‚Erfolg am Arbeitsplatz‘, was wiederum mit einem sicheren Arbeitsplatz zu tun hat. Mehr Ferien am Arbeitsplatz nannte keiner der Befragten. Das gleiche Bild zeigt auch die ‚Towers Watson Global Workforce Study 2010‘. Über 81 Prozent der Befragten in der Schweiz wünschen einen stabilen und sicheren Arbeitsplatz. Ähnlich sieht es auch international aus. Die Umfrage der deutschen IG Metall ergab, dass 89,1 Prozent der sichere Arbeitsplatz sehr wichtig sei. Neben den eindrücklichen Zahlen ist klar zu erkennen, dass ein sicherer Arbeitsplatz den Ferien bei weitem vorgezogen wird. Die Stadt bietet einen sehr sicheren und somit auch einen attraktiven Arbeitsplatz an. Eine Stadt in der Schweiz kann nicht Konkurs gehen und nimmt auch keine Massenentlassungen vor. Weiter ist eine Kündigung gemäss Art. 51 dieser ABVO ein langwieriges und für die Stadt auch nicht ganz einfaches Vorhaben. Die Stadt muss dem Arbeitnehmer vor der Kündigung eine Bewährungsfrist zur Verbesserung seiner Arbeitsleistungen gewähren. Weiter müssen jegliche Kündigungsgründe durch eine Mitarbeiterbeur-



teilung belegt werden können. Diese dem Arbeitnehmer gegenüber grosszügigen Bedingungen machen den Arbeitsplatz noch zusätzlich sicher und somit auch sehr attraktiv. Beim diesem Artikel darf nicht nur die Attraktivität in Betracht gezogen werden. Es müssen auch die zusätzlichen Kosten berücksichtigt werden. Gemäss Stadtrat werden etwa 100 Mitarbeiter von der zusätzlichen Ferienwoche profitieren. Dies wird den Stellenplan mit Sicherheit beeinflussen und grosse Kostenfolgen für die Stadt nach sich ziehen. Leider war der Stadtrat nicht bereit eine Schätzung über die zusätzlich anfallenden Kosten abzugeben. Dass die zusätzliche Ferienwoche mit Stellvertretungen abgedeckt werden könnten, ist ebenfalls sehr unwahrscheinlich, begründet der Stadtrat Verzögerungen doch sehr oft mit fehlenden Ressourcen in den Abteilungen. Mit diesen entstehenden Zusatzkosten wird das Hauptziel dieses Sachgeschäfts, die Umsetzung von Focus06, klar verfehlt. Wir haben somit gar keine andere Möglichkeit, als die zusätzliche Ferienwoche nicht zu gewähren.“

*Daniel Brühwiler (GEU):*

Er rufe sich nochmals den Appell von Patrick Walder ins Gedächtnis, den Blick für das Ganze zu verlieren. Das Gegenteil sei richtig: Den Blick für das Ganze zu behalten. Für die GEU gingen eine zusätzliche Ferienwoche und die Abwälzung der Hälfte der NBU-Prämien auf die Arbeitnehmer Hand in Hand. Es gehe im Geschäft für die Arbeitnehmer und Arbeitgeber um ein Geben und ein Nehmen. Einseitige Änderungen seien dabei nicht wünschenswert. Während die beiden Pole versuchten, das Geschäft einseitig zu beeinflussen, appelliere er an die Mitte, einem angemessenen Vorschlag zum Durchbruch zu verhelfen.

*Bruno Fenner (BDP):*

Er könne Daniel Brühwiler beruhigen, die BDP betrachte das Geschäft als ein Gesamtpaket. Eine fünfte Ferienwoche und eine Beteiligung an den NBU-Prämien seien ein ausgewogenes Paket.

*Andrea Kennel (SP):*

Es sei seltsam, wenn Patrick Walder bei der Argumentation für seine Aussage, sich bei der Behandlung des Änderungsantrages nur auf einen einzelnen Artikel zu beziehen, einen anderen Artikel, nämlich Artikel 51 über die Kündigung, beziehe.

*Arthur Gasser (EDU):*

Eine zusätzliche Ferienwoche entspreche 2 Lohnprozenten. So handle es sich bei der gesamten Vorlage insgesamt um eine Lohnerhöhung für die Mitarbeitenden.

*Patrick Walder (SVP):*

Es sei die Rede von Geben und Nehmen gewesen. Bei der Vorlage gehe es eigentlich um die Umsetzung eines Sparprogramms. Die fünfte Ferienwoche sei für die Stadt als Arbeitgeber aber nur ein Geben.

*Peter Schuppisser (SP):*

Es sei signifikant, dass dieselben Leute, welche nie müde würden, Steuersenkungen für den Geldadel zu verlangen, jetzt so auf den Arbeitnehmern rumhackten. Er frage sich, wie lange es ginge, bis die Leute dies endlich merkten.

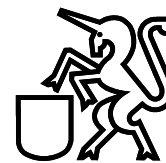
Abstimmung:

Für Änderungsantrag SVP

13 Stimmen

Gegen Änderungsantrag SVP

24 Stimmen



## Artikel 36 Urlaub

Änderungsantrag SVP: Streichung des Vaterschaftsurlaubes von 5 Tagen.

Begründung / Allgemeine Diskussion:

*Patrick Walder (SVP):*

„Der Vaterschaftsurlaub ist in der alten ABVO nicht enthalten, und somit stellt die Streichung der fünf Tage Vaterschaftsurlaub keine Verschlechterung dar. Der Vaterschaftsurlaub ist eine nicht nachvollziehbare weitere Ferienwoche für werdende Väter, also für das gleiche Alterssegment, welches bereits mit Artikel 34 eine zusätzliche Ferienwoche erhalten sollte. Ich gehöre zu dieser Generation im Rat, welche von einem Vaterschaftsurlaub überhaupt noch profitieren würden. Die meisten jungen Gemeinderäte in diesem Rat gehören der Fraktion an, welche diesen Streichungsantrag stellt, nämlich der SVP-Fraktion. Also dürfen wir auch behaupten, dass wir die Anliegen und Bedürfnisse der jungen Generation am repräsentativsten vertreten und auch vertreten haben. Dies zeigen nicht nur die eindrücklichen Wahlergebnisse der jungen Kandidaten der SVP, sondern auch, dass unsere Fraktion ab der nächsten Sitzung mit fünf Gemeinderäten unter 31 Jahren vertreten sein wird. In der Diskussion in der GRPK wurde mir vorgeworfen, ich wisse halt nicht wie es sei, wenn man Vater werde. Geschätzte Ratskollegen, dass stimmt, ich weiss das tatsächlich noch nicht. Daher habe ich mich bei jungen Vätern erkundigt. Man war sich einig, dass es nicht unbedingt üblich ist, mit dem Neugeborenen im ersten Jahr vier Wochen Ferien in der Karibik oder auf Mallorca zu machen. In der Regel ist es ja auch so, dass man ein paar Monate vorher weiss, wann man Vater wird. Also muss man sich mit der Ferienplanung etwas danach richten. Ich appelliere auch an die Vorgesetzten, dass sie bezüglich Zeitpunkt der Ferien dem werdenden Vater entgegen kommen, bin aber gleichzeitig auch der Überzeugung, dass dies bereits jetzt so gehandhabt wurde. Am Schluss meiner Argumentation zu diesem Antrag stelle ich noch eine Behauptung auf. Ich behaupte, dass die meisten Väter hier im Rat keinen Vaterschaftsurlaub hatten. Nun stelle ich folgende Frage, meine Herren: Waren Sie alles schlechte Väter?“

*Erika Attinger (GEU):*

Es sei typisch, dass Patrick Walder Männer und nicht Frauen über den Vaterschaftsurlaub befragt hätte. Junge Mütter wären nämlich froh, wenn ihre Partner in der Zeit nach der Geburt des Kindes mehr zuhause wären.

Abstimmung:

Für Änderungsantrag SVP

14 Stimmen

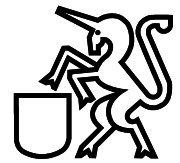
Gegen Änderungsantrag SVP

23 Stimmen

## Artikel 57 Ferien

Änderungsantrag SP: Die bisherige Ferienregelung für das Betreuungspersonal der Horte und Krippen ist beizubehalten. Folgende Formulierung wird damit beantragt: „Dem Betreuungspersonal der Schul- und Familienergänzenden Betreuung steht folgender Ferienanspruch zu:

- bis und mit dem Kalenderjahr, in dem sie das 34. Altersjahr vollenden: 30 Arbeitstage (6 Wochen)
- und ab dem Kalenderjahr, in dem sie das 35. Altersjahr vollenden oder nach 6 Dienstjahren in der Stadt Dübendorf: 40 Arbeitstage (8 Wochen)“



## Begründung / Allgemeine Diskussion:

*Andrea Kennel (SP):*

„Dieser Artikel hält fest, dass das Betreuungspersonal von Hort und Krippe bis zum Alter von 50 Jahren 6 Wochen, zwischen 50-jährig und 60-jährig 7 Wochen und ab 60-jährig 8 Wochen Ferien haben. Das erscheint grosszügig, wenn man mit anderem städtischen Personal vergleicht. Doch Hortner, Hortnerinnen und Kleinkinderzieherinnen werden normalerweise eher den Lehrpersonen und Kindergärtnerinnen und Kindergärtnern gleich gestellt. So war die bisherige Lösung nicht grosszügig, sondern angebracht. Die neue Regelung ist klar eine massive Verschlechterung für Hort und Krippenpersonal. Bedenkt man, dass der jetzige Lohn auf die jetzige Ferienregelung angepasst ist, so macht die Ferienkürzung keinen Sinn. Wichtig ist auch zu wissen, dass es zu wenig ausgebildete Kinderbetreuerinnen und Kinderbetreuer gibt. Durch die Ferienkürzung wird es für Dübendorf noch schwieriger gutes Personal zu finden.“

## Abstimmung:

Für Änderungsantrag SP	6 Stimmen
Gegen Änderungsantrag SP	28 Stimmen

## **Artikel 66 Unfallversicherung**

Änderungsantrag GRPK: Das Lehrpersonal der Primarschule ist im Rahmen der obligatorischen Unfallversicherung (*gestrichen: auf Kosten der Stadt*) gegen Berufs- und Nichtberufsunfälle sowie Berufskrankheiten versichert, wenn die wöchentliche Arbeitszeit mindestens 5 Unterrichtsstunden bzw. Unterrichtslektionen beträgt.

## Abstimmung:

Für Änderungsantrag GRPK	36 Stimmen
Gegen Änderungsantrag GRPK	0 Stimmen

## **Ausführungsbestimmungen Artikel 27 Unbezahlter Urlaub**

Änderungsantrag GRPK: Es steht im Ermessen der Anstellungsinstanzen, dem Personal auf deren Ersuchen *unbezahlten* Urlaub zu gewähren.

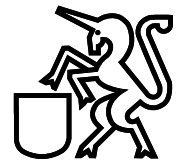
## Abstimmung:

Für Änderungsantrag GRPK	37 Stimmen
Gegen Änderungsantrag GRPK	0 Stimmen

## **Antrag Stadtrat, Punkt 1.3**

Ergänzungsantrag SP: „Der Stadtrat sorgt im Rahmen der Besoldungserhöhungen 2011 dafür, dass die über 50-jährigen Angestellten einen Ausgleich für die neu eingeführte Kostenbeteiligung an der Nichtberufsunfallversicherung erhalten, so dass mindestens der Besitzstand gewahrt ist.“





## Begründung / Allgemeine Diskussion:

### *Andrea Kennel (SP):*

„Es ist der SP bewusst, dass das OR bei städtischen Anstellungen nicht zum Tragen kommt, da es sich um öffentlich-rechtliche Anstellungsbedingungen handelt. Gemäss OR wäre die neue Regelung bezüglich NBU nicht ohne weiteres erlaubt. Die Abwälzung der Hälfte der NBU-Kosten auf die Arbeitnehmenden entspricht klar einem Lohnabbau, was gemäss OR nur mit einer Änderungskündigung möglich ist. Doch für städtische Angestellte ist eine solche einseitige Änderung der Arbeitsbedingungen erlaubt. Dazu kommt, dass von diesem Lohnabbau nicht alle Angestellten gleich betroffen sind. Büropersonal erleidet eine Lohnkürzung von 0,5 Prozent. Für Handwerker, die bei der Suva versichert sind, sind es ganze 1,2 Prozent. Die SP/Juso-Fraktion findet diesen Lohnabbau unfair, da das städtische Personal in den letzten sieben Jahren punkto Lohnanpassungen im Vergleich zum Kanton und anderen Gemeinden ohnehin sehr schlecht wegkam. Zudem steht die Stadt nach wie vor in einer Konkurrenzsituation auf dem Arbeitsmarkt und hat es für gewisse Stellen schwer, geeignetes Personal zu finden. Ganz schwierig ist dies für das ASZ. Da kann es entscheidend sein, wenn man anfängt, bisherige Vergünstigungen abzubauen. Die SP/Juso-Fraktion wäre allenfalls trotzdem bereit, diese Kröte zu schlucken, da die Ferienverlängerung als Kompensation dieser Lohnkürzung gesehen werden kann. Doch genau hier liegt das Problem. Von der Ferienverlängerung profitieren nur Angestellte unter 50 Jahren. Die älteren und meist auch erfahrenen Angestellten über 50 erhalten keine Verbesserung, sondern nur den Lohnabbau durch die NBU. Angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Rat stellt die SP nicht den Antrag auf Verzicht der NBU-Kostenbeteiligung. Wir bitten Sie mit unserem Antrag, aber wenigstens dafür zu sorgen, dass die über 50-jährigen Angestellten ebenfalls einen Ausgleich für diese Lohnkürzung erhalten.“

### *Patrick Walder (SVP):*

„Wie in meinem Eingangsvotum erwähnt, ist ein zentrales Ziel dieser Sachvorlage das Umsetzen des Focus06. Man darf doch nicht damit argumentieren, man müsse die Kostenbeteiligung mit Lohnanpassungen ausgleichen. Dass die Mitarbeiter bei den Kosten der NBU ihren Beitrag ebenfalls leisten müssen, ist nichts anderes als normal und absolut üblich. Es ist ein vor Jahren eingeführter Bonus, der nun nicht mehr ausbezahlt wird. Man muss sich schon ein bisschen über die Argumentation der SP wundern. Weitergedacht würde die Argumentation der SP bedeuten, dass jeder, der weniger Bonus erhält, dies mit einer Lohnerhöhung ausgeglichen erhalten sollte. Die volle Kostenübernahme der Stadt war nichts anderes als ein Bonus, welcher jetzt nicht mehr ausbezahlt wird. Die Streichung dieses Satzes kommt für uns so oder so nicht in Frage. Es kann doch nicht sein, dass Sie bei Artikel 34 und 36 zusätzliche Ferien genehmigen und so gemäss Stadtrat unabschätzbare Kosten verursachen und nun auch noch wollen, dass die NBU voll von der Stadt getragen wird. Anderenfalls wird sich der Steuerzahler mit Sicherheit zu gegebenem Zeitpunkt bei Ihnen bedanken.“

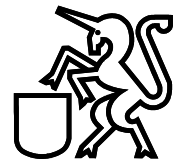
### *Daniel Brühwiler (GEU):*

Auch bei Andrea Kennel sei wohl der Blick für das Ganze verloren gegangen, wenn sie eine Kompensation für die über 50-jährigen Mitarbeitenden fordere. Man habe es vom Stadtpräsidenten gehört: Das Personal habe sich zusammengerauft und einen für alle Beteiligten tragbaren Kompromiss mitgetragen.

## Abstimmung:

Für Ergänzungsantrag SP  
Gegen Ergänzungsantrag SP

6 Stimmen  
30 Stimmen



## Antrag Punkt 2 des SR-Antrages:

Änderungsantrag Büro Gemeinderat: Die revidierte Fassung der Anstellungs- und Besoldungsverordnung tritt per 1. Januar 2011 in Kraft.

## Begründung:

*Peter Bless (BDP) für das Büro:*

„Der Stadtrat hat, nachdem der Zeitpunkt der Behandlung des vorliegenden Geschäftes durch den Gemeinderat bekannt war, abgeklärt, ob eine rückwirkende Inkraftsetzung der Anstellungs- und Besoldungsverordnung möglich sei. Nach einem Rechtsgutachten ist dies unter den gegebenen Umständen nicht möglich, da die Dringlichkeit fehlt. Der Stadtrat hat deshalb das Büro des Gemeinderates ersucht, den vorliegenden Änderungsantrag einzubringen, da es der Exekutive selber nicht möglich ist, einen Antrag, welcher durch die GRPK bereits behandelt ist, abzuändern bzw. dazu einen Änderungsantrag zu stellen.“

## Abstimmung:

Für Änderungsantrag Büro  
Gegen Änderungsantrag Büro

27 Stimmen  
0 Stimmen

## **C. Schlussabstimmung**

*Patrick Walder (SVP):*

„Nach dieser Diskussion und nach den Ergebnissen der Detailberatung kann man dieser Vorlage nicht zustimmen. Die nun vorliegende ABVO erfüllt die Ziele des Antrags nicht. Mit der Nicht-Bezifferung der Kosten durch die Gewährung von 1-2 zusätzlichen Ferienwochen stürzt sich die Stadt mit Ihrer Zustimmung in unabsehbare wiederkehrende Kosten. Diese wiederkehrenden Kosten können nie mehr rückgängig gemacht werden. Heute Abend haben wir gelernt, dass Sie, geschätzte Ratskolleginnen und -kollegen, keine Mut haben, gewährte Boni abzuschaffen. Ich bitte Sie bei der Schlussabstimmung gegen diesen Antrag zu stimmen und somit den Stadtrat aufzufordern, eine rein formell geänderte ABVO in nützlicher Frist vorzulegen“

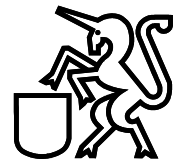
*Andrea Kennel (SP):*

Es sei beiden Seiten nicht geglückt, für ihre jeweiligen Änderungsanträge eine Mehrheit zu finden. Jetzt die gesamte Vorlage abzulehnen bringe aber nichts. Man habe demokratisch einen Kompromiss gefunden, und auch die Kröte der NBU-Prämien könne geschluckt werden. Die SP werde bei der Schlussabstimmung dem Geschäft zustimmen und sei damit demokratischer als andere Parteien im Gemeinderat.

## Abstimmung:

Genehmigung der Teilrevision Anstellungs- und Besoldungsverordnung  
Ablehnung der Teilrevision Anstellungs- und Besoldungsverordnung

24 Stimmen  
11 Stimmen



## Beschluss:

Der Gemeinderat, in Kenntnis eines Antrages des Stadtrates vom 17. September 2009, gestützt Art. 5, Abs. 1, Ziff. 1 und Art. 29, Ziff. 1.2, der Gemeindeordnung vom 5. Juni 2005 beschliesst:

1. Die Anstellungs- und Besoldungsverordnung der Stadt Dübendorf (ABVO) vom 1. Juli 2004 wird gemäss Weisung-Nr. 178 und mit folgenden zusätzlichen Änderungen geändert:
  - Artikel 11 Nebenbeschäftigung: Das Personal darf nur mit schriftlicher Einwilligung der Anstellungsinstanzen eine bezahlte oder zeitraubende Nebenbeschäftigung ausüben, sofern die Summe aller Arbeitspensen 100 Prozent übersteigt.
  - Artikel 66 Unfallversicherung: Das Lehrpersonal der Primarschule ist im Rahmen der obligatorischen Unfallversicherung gegen Berufs- und Nichtberufsunfälle sowie Berufskrankheiten versichert, wenn die wöchentliche Arbeitszeit mindestens 5 Unterrichtsstunden bzw. Unterrichtslektionen beträgt.
  - Ausführungsbestimmungen Artikel 27 Unbezahlter Urlaub: Es steht im Ermessen der Anstellungsinstanzen, dem Personal auf deren Ersuchen unbezahlten Urlaub zu gewähren.
2. Die revidierte Fassung der Anstellungs- und Besoldungsverordnung tritt per 1. Januar 2011 in Kraft.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug

\*\*\* 21.05 Uhr: Sitzungsunterbruch bis 21.15 Uhr \*\*\*

## **7. Zehn Bürgerrechtsgesuche**

Die Bürgerrechtskommission (BRK) hat die vorliegenden Anträge geprüft. Die folgenden zehn Anträge werden vom Stadtrat mit Ausnahme des Gesuches von Ibraim Mamudov (Geschäft Nr. 230/2009) zur Annahme empfohlen. Bei einstimmiger Unterstützung durch die BRK wird auf Referate von Seiten der BRK verzichtet. Der Gemeinderat fasst, gestützt auf Art. 29, Ziff. 4.12 der Gemeindeordnung der Stadt Dübendorf vom 5. Juni 2005 die nachfolgenden

### Beschlüsse:

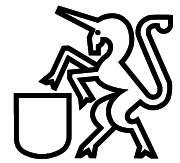
#### Geschäft Nr. 132/2007

Vlaovic Milorad, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger, wohnhaft Gumpisbühlstrasse 52, Dübendorf

Einbürgerungsgebühr:	Fr. 1450.--
Antrag BRK:	Annahme (5 Ja zu 0 Nein)
Diskussion:	keine
Für Antrag SR / BRK:	22 Stimmen
Gegen Antrag SR / BRK:	6 Stimmen

#### Geschäft Nr. 224/2009

Skenderi Bekim, mazedonischer Staatsangehöriger sowie die Kinder Hatixhe, Jusuf, Jasin und Haxhere, wohnhaft Birchlenstrasse 15, Dübendorf



Einbürgerungsgebühr:	Fr. 1900.--
Antrag BRK:	Annahme (5 Ja zu 0 Nein)
Diskussion:	keine
Für Antrag SR / BRK:	22 Stimmen
Gegen Antrag SR / BRK:	8 Stimmen

## Geschäft Nr. 230/2009

Mamudov Ibraim, mazedonischer Staatsangehöriger, wohnhaft Neuweg 12, Dübendorf

Der Stadtrat und die BRK beantragen die Ablehnung dieses Gesuches.

### Referentin BRK Valeria Rampone (GEU):

Begründung Ablehnung durch BRK: Ibraim Mamudov wurde bis im Juli 2005 vom Sozialamt Dübendorf unterstützt und hat zurzeit keine Festanstellung. Daraus lässt sich schliessen, dass der Bewerber nicht in der Lage ist, sich und seine Familie selber zu erhalten.

### Abstimmung:

Für Antrag SR / BRK (Ablehnung des Gesuches):	32 Stimmen
Gegen Antrag SR / BRK:	1 Stimme

### Abstimmung über die Begründung:

Die Begründung zur Ablehnung des Gesuches lautet: Der Gesuchsteller wurde bis im Juli 2005 vom Sozialamt Dübendorf unterstützt und hat zurzeit keine Festanstellung. Daraus lässt sich schliessen, dass der Bewerber nicht in der Lage ist, sich und seine Familie selber zu erhalten.

Zustimmung zur Begründung	33 Stimmen
Ablehnung der Begründung	0 Stimmen

## Geschäft Nr. 253/2009

Mihajlovic Goran, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger und seine Ehefrau Mihajlovic Biljana geb. Antic, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige sowie die Kinder Darko und Emilija, wohnhaft Oskar-Bider-Strasse 22, Dübendorf

Einbürgerungsgebühr:	Fr. 1900.--
Antrag BRK:	Annahme (5 Ja zu 0 Nein)
Diskussion:	keine
Für Antrag SR / BRK:	22 Stimmen
Gegen Antrag SR / BRK:	5 Stimmen

## Geschäft Nr. 254/2009

Rappoport Franklin Marc, französischer Staatsangehöriger, wohnhaft Täschenstrasse 12, Dübendorf



Einbürgerungsgebühr:	Fr. 1450.--
Antrag BRK:	Annahme (5 Ja zu 0 Nein)
Diskussion:	keine
Für Antrag SR / BRK:	27 Stimmen
Gegen Antrag SR / BRK:	1 Stimme

## Geschäft Nr. 255/2009

Trajkovic geb. Jovanovic Valentina, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige sowie das Kind Nikolija, wohnhaft Im Winkel 8, Dübendorf

Einbürgerungsgebühr:	Fr. 1450.--
Antrag BRK:	Annahme (5 Ja zu 0 Nein)
Diskussion:	keine
Für Antrag SR / BRK:	23 Stimmen
Gegen Antrag SR / BRK:	3 Stimmen

## Geschäft Nr. 256/2009

Vasilic Miroslav, bosnisch-herzegowinischer Staatsangehöriger, wohnhaft Rechweg Dübendorf

Einbürgerungsgebühr:	Fr. 1450.--
Antrag BRK:	Annahme (5 Ja zu 0 Nein)
Diskussion:	keine
Für Antrag SR / BRK:	22 Stimmen
Gegen Antrag SR / BRK:	3 Stimmen

## Geschäft Nr. 258/2009

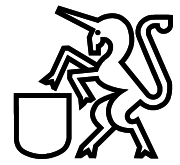
Santana Cortes Gracia Elena, spanische Staatsangehörige, wohnhaft Mettlenweg 8, Dübendorf

Einbürgerungsgebühr:	Fr. 1450.--
Antrag BRK:	Annahme (5 Ja zu 0 Nein)
Diskussion:	keine
Für Antrag SR / BRK:	24 Stimmen
Gegen Antrag SR / BRK:	2 Stimmen

## Geschäft Nr. 261/2009

Adzemovic Vahidin, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger, sowie die Kinder Pinho Sacramento Susanna und Pinho Sacramento Adrian, wohnhaft Grundstrasse 12, Dübendorf

Einbürgerungsgebühr:	Fr. 1450.--
Antrag BRK:	Annahme (5 Ja zu 0 Nein)
Diskussion:	keine
Für Antrag SR / BRK:	25 Stimmen
Gegen Antrag SR / BRK:	3 Stimmen



## Geschäft Nr. 262/2009

Hemmi Sonja geb. Manojlovic, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, wohnhaft Kriesbachstrasse 2b, Dübendorf

Einbürgerungsgebühr:	Fr. 1450.--
Antrag BRK:	Annahme (5 Ja zu 0 Nein)
Diskussion:	keine
Für Antrag SR / BRK:	23 Stimmen
Gegen Antrag SR / BRK:	2 Stimmen

## **8. Zweite Fragestunde des Amtsjahres 2009/10**

Es sind 15 Fragen eingereicht worden. Die Beantwortung der Fragen erfolgt in der Reihenfolge des Eingangs.

### 1. Max Senn (SP) zum Thema Bauprojekte:

„Im Glattaler vom 1. April war bei einem Bauprojekt mit Gartenhaus und Hundezwinger in Klammer der Text ‚bereits erstellt‘. Dieser Text war auch schon bei früheren Bauprojekten zu lesen. Frage: Auf welchen Grundlagen ist es möglich, ein Bauprojekt nachträglich ohne Konsequenzen zu bewilligen?“

### *Antwort Hochbauvorstand Hans Zeier (CVP):*

Viele unterschätzen, wofür es alles eine Baubewilligung brauche. Dann würde ohne Bewilligung gebaut. Wenn dies festgestellt wird, müsse nachträglich eine Baubewilligung eingereicht werden. Konsequenzen für die Bauherren habe dies dann, wenn die Erteilung der Baubewilligung nicht problemlos sei. In solchen selten auftretenden Fällen würden die fehlbaren Bauherren gebüsst.

### 2. Stephan Schneider (CVP) zum Thema Betriebsamt:

„Das Betriebsamt hat eine hohe Kundenfrequenz. Es wird aufgrund verschiedener Reaktionen aus der Bevölkerung festgestellt, dass die Wartezeiten für einfache Anliegen von 30 Minuten bis zu 45 Minuten betragen, und dies fast an der Tagesordnung ist. Es fragt sich daher, ob ein Schalter für den Kundenservice ausreichend ist. Die Stadtverwaltung will einen kundenorientierten Service bieten. Entspricht der derzeitige Zustand auf dem Betriebsamt diesem Grundsatz? Weiter müssen die Mitarbeitenden derzeit wie einer Hühnerlegebatterie arbeiten, sprich die Raumverhältnisse sind überdurchschnittlich eng. Zudem dürften im Sommer unmenschliche Temperaturen auf die Mitarbeitenden einwirken, was dann mit grosser Wahrscheinlichkeit zu Arbeitsminderungen führen wird. Fragen: Wie gedenkt die Verwaltung, den Kundenservice zu optimieren, so dass die Wartezeiten auf ein absolutes Minimum gesenkt werden können? Weshalb hat man keinen zweiten Schalter für in Zeiten, wo eine hohe Kundenfrequenz herrscht? Wie können die Arbeitsbedingungen für die Mitarbeitenden optimiert werden, so dass die Verwaltung ihrem Mitarbeiterleitbild wieder entspricht? Warum werden die Räumlichkeiten im Obergeschoss nicht für das Betriebsamt freigegeben um die Raumsituation zu entschärfen?“

### *Antwort Stadtpräsident Lothar Ziörjen (BDP):*

Durch einen Anschlussvertrag sei das Betriebsamt der Gemeinde Wangen-Brüttisellen mit dem Betriebsamt Dübendorf zusammengeführt worden. Schon in der Vorbereitung dieses Zusammenschlusses sei der Engpass in Bezug auf die räumliche Situation bekannt gewesen. Die Abteilung Liegen-



schaften habe sich erfolgreich auf die Suche nach Alternativvarianten gemacht, doch konnte diese Lösung aufgrund eines Rückzugs nicht realisiert werden. Bis im Juni würden Container aufgestellt und damit die Situation im Schalterbereich und für die Mitarbeitenden verbessert. Die erwähnte lange Wartezeit sei nicht die Regel. Das Obergeschoss des Gebäudes könne nicht benutzt werden, da der momentane Mieter einen gültigen Mietvertrag bis 2013 habe.

### 3. Stephan Schneider (CVP) zum Thema Gebühren Einwohneramt:

„Als Bürger wird man immer wieder verpflichtet, etwas von einer Behörde bescheinigen zu lassen. Der Bürger hat aber keine Wahl, diesen Akt anders zu lösen. Er wird regelrecht gezwungen, diese Dienstleistung in Anspruch zu nehmen. So auch bei der Anmeldung für den Lernfahrausweis. Dort wird verlangt, dass die Angaben durch das Einwohneramt bescheinigt werden. Nichtsahnend geht der gutgläubige Bürger dieser Pflicht nach. Berufstätige müssen oftmals noch frühzeitig den Arbeitsort verlassen, um noch rechtzeitig aufs Amt gehen zu können. Das durch den Bürger feinsäuberlich ausgefüllt Formular wird dann in weniger als 60 Sekunden geprüft und erhält das Amtssiegel. Doch, da staunt man nicht schlecht: Dieses 60-Sekunden-Amtssiegel kosten stolze 20 Franken. Rechnet man den Stundenansatz aus, entspricht dies einem flotten Stundenansatz von 1200 Franken, und dies für etwas, was der Bürger gar nicht anders lösen kann. Will man anstelle einer Steuerfusserhöhung den Gemeindehaushalt mit Gebühren klang heimlich aufpolieren? Fragen: Wie rechtfertigt der Stadtrat eine solch überrissene Gebühr? Ist diese verhältnismässig? Wie hoch ist der jährliche Gebührenertrag für die Bestätigung ‚Strassenverkehrsamt‘? Weshalb kann diese notabene vom Staat verordnete Formularprüfung nicht kostenlos erfolgen, da ja der Bürger gar keine andere Wahl hat, selbst wenn er noch möchte? Wäre der Stadtrat bereit, auf eine solche Gebühr künftig zu verzichten?“

#### *Antwort Sicherheitsvorstand André Ingold (SVP):*

Jeder Lernfahrer im Kanton benötige diese Beglaubigung. Diese könne auch im Strassenverkehrsamt für 15 Franken ausgestellt werden, doch sei es unsinnig, deswegen aus dem ganzen Kanton zu den Strassenverkehrsämtern zu fahren. Es gebe deshalb zwischen dem Strassenverkehrsamt und den Gemeinden eine Vereinbarung, dass die Beglaubigung auch dort ausgestellt werden können. Die Gebühren dafür sind im ganzen Kanton durch eine Verordnung vereinheitlicht. Um diese Gebühr anzupassen, müsste die kantonale Verordnung geändert werden.

### 4. Steven Sommer (SVP) zum Thema Parkplatzbewirtschaftung:

„Im Postulat vom 28. September 2005 forderte Anton Keller mehrere Sachverhalte zu prüfen. An der Sitzung vom 19. Juni 2008 beschloss der Stadtrat, den folgenden Punkten entgegen zu kommen: Erhöhung der Gratisparkzeit von 15 auf 30 Minuten. Und noch ein ganz wichtiger Punkt: Die Bewirtschaftungszeiten sind von Montag bis Samstag von 8 bis 19 Uhr festzulegen, ausgenommen der Adlerplatz und die Parkplätze bei der WBK. Fragen: Meiner Ansicht nach sind die Gratisparkzeiten auf dem Marktplatz sowie auch auf dem Chilbiplatz immer noch 15 Minuten. Wann werden diese Neuerungen umgesetzt?“

#### *Antwort Sicherheitsvorstand André Ingold (SVP):*

Man habe bislang eine Massnahme aus dem Parkraumkonzept umgesetzt, andere Massnahmen seien aufgrund von Aktualitäten verschoben worden. Die Umsetzung sei bis Mitte Jahr terminiert inklusive der Parkplatzverordnung. Parkuhren, welche gemäss Parkraumkonzept benötigt werden, würden gemäss Finanzplan angeschafft.



## 5. Pia Etter (SP) zum Thema Eröffnungsfest Glattalbahn:

„Wie man aus der Presse erfahren konnte hat der Stadtrat für das Eröffnungsfest der Glattalbahn am 11./12. Dezember 2010 den stolzen Betrag von 100'000 Franken bewilligt. Offenbar trägt die Stadt die Kosten alleine, obwohl es in Dübendorf einige Firmen und Institutionen gibt, welche von der neuen Glattalbahn ebenfalls profitieren. Fragen: Gibt es ein Sponsoringkonzept, damit die Stadt diese Kosten nicht alleine tragen muss? Wenn nein, weshalb? Wie werden die in Dübendorf ansässigen Firmen und Institutionen als wichtige Nutzniesser der Glattalbahn (z.B. Helsana, Givaudan, SV Service, Empa/Eawag etc.) in die Finanzierung/Organisation der Festaktivitäten eingebunden? Was hat die Bevölkerung konkret davon?“

### *Antwort Sicherheitsvorstand André Ingold (SVP):*

Der Stadtrat habe für das Eröffnungsfest den Betrag von 100'000 Franken als Kostendach bewilligt. Die VBG erstelle für alle Aktivitäten, welche im Rahmen Eröffnung dieser Glattalbahn-Etappe stattfinden, ein übergeordnetes Sponsoringkonzept. Die VBG sei in Dübendorf für übergeordnete Aktivitäten wie die Entsorgung und den Shuttle-Betrieb zuständig. Die erwähnten Firmen und weitere Unternehmen würden in das Fest involviert, entsprechende Gespräche laufen. Dabei geht es um die finanzielle Beteiligung oder darum, Gebäude zur Verfügung zu stellen. Die ganze Stadt Dübendorf könne von diesem Anlass, an dem insgesamt 30'000 bis 40'000 Besucher erwartet werden, profitieren: Die Vereine, welche mitwirkten, erhielten eine grosse Plattform. Das Interesse der Vereine sei enorm gross, an einer Informationsveranstaltung hätten 75 Personen teilgenommen. Mittelfristig könne die ganze Bevölkerung vom Fest und von der Glattalbahn profitieren.

## 6. Stefanie Huber (GEU) zum Thema Kontrollen Einhaltung Bauvorschriften:

„Baubewilligungen und Gestaltungspläne enthalten u.a. Vorgaben zu Energiestandards. Zusätzlich gilt es, die gesetzlichen Richtwerte einzuhalten. Für Baustellen gilt es, Lärmvorschriften und ähnliches einzuhalten. Fragen: Wie wird in Dübendorf die Einhaltung der verschiedenen Vorschriften kontrolliert? Werden regelmässig Stichproben gemacht, z.B. auf den Baustellen? Werden die Gebäude am Schluss von Fachpersonen abgenommen? Sind dem Stadtrat Fälle bekannt, wo nachgebessert werden musste? Wie viele sind dies durchschnittlich pro Jahr?“

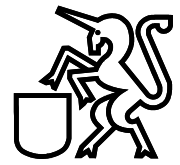
### *Antwort Hochbauvorstand Hans Zeier (CVP):*

Die konkreten Zahlen würden nachgeliefert. Es erfolgten Stichproben während der Bauphase, und ein Bau werde am Schluss durch Fachleute abgenommen.

## 7. Stefanie Huber (GEU) zum Thema Kontakt Energie am Bau in der Stadtverwaltung:

„Im Bereich Bauen liegt in der Schweiz in Bezug auf Energiesparen und CO<sup>2</sup>-Reduktionen grosses Potential brach. Dübendorf hat in dieser Hinsicht bereits einige Schritte ergriffen z.B. im Rahmen des Labels Energiestadt. Ausserdem bietet die Stadt Interessierten Informationen, wenn jemand sein Haus ökologisch modernisieren will. So heisst es in einer Antwort des Stadtrates auf einen parlamentarischen Vorstoss: ‚Die heutige Unterstützung für Hausbesitzer von Seiten der Stadt beschränkt sich auf die informative Ebene. Auf Anfrage werden sie umfassend über die verschiedenen energetischen Förderprogramme informiert.‘ Auf der Seite zur Energiestadt heisst es ausserdem, dass eine der Massnahmen in Bezug auf das Label ‚die aktive Energieberatung im Bauverfahren‘ ist. Fragen: Wenn ich Fragen zum ökologischen Bauen, Förderprogrammen etc. habe: An wen wende ich mich in Dübendorf? Wer ist die zuständige Stelle in der Stadtverwaltung und bei den Glattwerken? Wird eine Statistik geführt, wie viele solcher Anfragen von Dübendorfer Liegenschaftsbesitzenden kommen?“





Während im Stadthaus Broschüren zum ökologischen Bauen aufliegen, finden sich auf der Dübendorfer Homepage keinerlei solche Informationen oder Links. Warum findet es Dübendorf nicht nötig, hier etwas aktiver für ökologisches Bauen zu werben resp. auch Leute darauf aufmerksam zu machen, die nicht nach ‚ökologisches Bauen in Dübendorf‘ googeln?“

*Antwort Stadtpräsident Lothar Ziörjen (BDP):*

Wer eine Liegenschaft habe und diese umbauen wolle, der habe einen Architekten als Ansprechpartner. Es gebe auch im Internet Plattformen zu diesem Thema, so beispielsweise bei der kantonalen Verwaltung. Interessierte ohne Fachkenntnisse könnten sich bei der Stadtverwaltung bei der Abteilung Hochbau melden, dort könne man auf die zuständige Person für die jeweilige Frage verweisen. Dasselbe gelte bei der Glattwerke AG. Für Koordinierungsaufgaben zum Thema Energiestadt sei in der Stadt Dübendorf ein Mitarbeiter der Abteilung Planung zuständig. Bauwillige kämen also auf schnellem Weg zu ihrem Ziel. Liegenschaftsbesitzer hätten bisher immer den Weg zu den benötigten Informationen gefunden, weshalb es für ihn keinen Handlungsbedarf gebe.

8. Erika Attinger (GEU) zum Thema Jahr der Biodiversität / Massnahmen der Stadt Dübendorf:

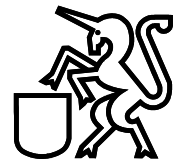
„Das Jahr 2010 ist gemäss Beschluss der UNO der Biodiversität gewidmet. Biodiversität heisst Artenvielfalt von Pflanzen und Tieren in einem bestimmten Lebensraum, in unserem Fall meine ich damit das Gebiet der Stadt Dübendorf. Zahlreiche Umweltverbände bieten Vorschläge an, was Privatpersonen, Firmen und Gemeinden zur Erhaltung respektive Verbesserung der Biodiversität beitragen können. Fragen: Welche Abteilungen in der Stadt Dübendorf engagieren sich diesbezüglich? Welche Unterstützung wird Vereinen/ Schulklassen angeboten, die sich innerhalb der Gemeinde mit Spezialaktionen im Jahr 2010 für dieses Thema engagieren. Welche Unterstützung wird Privatpersonen geboten, die sich in ihrem Umfeld für dieses Thema einsetzen.“

*Antwort Hochbauvorstand Hans Zeier (CVP):*

In der Stadt Dübendorf seien die Natur- und Heimatschutzkommission und insbesondere die Naturschutzbeauftragte für das Thema verantwortlich. Es gehe dabei darum, Schulen und Naturschutzvereinen Unterstützung zu bieten. Finanzielle Unterstützung erfolge im Rahmen des Budgets.

9. Gaby Gossweiler (FDP) zum Thema Verkehrssicherheit Aussenwacht Gfenn:

„Den Medien war Anfang 2010 zu entnehmen, dass der Kanton in Fällanden nebst einer separaten Bussspur auf der Fällandenstrasse einen Tropfenzähler für die Einfahrt in den Kreisel in der Dorfmitte Fällanden plant. Dies wird unweigerlich Auswirkungen auf die Verkehrssituation Hermikonstrasse und Überlandstrasse haben. Bezüglich der Hermikonstrasse hat das Parlament grossmehrheitlich dargelegt, dass mittels einer Tempo-30-Zone für ganz Hermikon eine Verkehrsberuhigung gewünscht wird. Betreffend der Überlandstrasse / Einmündung Gfennstrasse hat der Stadtrat bei der Beantwortung meiner schriftlichen Anfrage im Oktober 2009 mitgeteilt, dass die Situation im Rahmen der Vernehmlassung zur Regionalen Verkehrssteuerung RVS Glattal im Jahr 2006 eingehend behandelt worden sei, und dass er nochmals und mit Nachdruck beim Kanton vorstellig werde und die schon damals diskutierten Massnahmen einfordern würde. Fragen: Ist bezüglich der erwähnten Problematik Überlandstrasse / Gfennstrasse seit Oktober 2009 etwas passiert, bzw. ist die Stadt Dübendorf beim Kanton vorstellig geworden? Wenn ja, mit welchem Resultat? Wenn nein, warum nicht? Wenn nein, wann wird diese gemäss Stadtrat mit Nachdruck geforderte Diskussion der schon 2006 geforderten Massnahmen geführt werden?“



*Antwort Tiefbauvorstand Rolf Güttinger (EVP):*

Es gebe jährlich zwei Koordinationssitzungen mit dem kantonalen Tiefbauamt, eine im September, eine im März. An dieser Sitzung sei der Fall besprochen worden. Der Kanton unternehme aufgrund von Sparmassnahmen nichts. Das Thema werde in das Gesamtverkehrskonzept, das angestossen werde, einfließen. Es fänden dazu Gespräche mit den Nachbargemeinden statt. Dies sei sein letztes Votum als Stadtrat an einer Gemeinderatssitzung gewesen, er spreche seinen Dank für die Zusammenarbeit aus (Applaus).

10. Hans Baumann (SP) zum Thema Sicherer Fussgängerübergang über die Untere Geerenstrasse:

„Unterhalb des Restaurants Geeren gibt es einen regen Fussgängerverkehr über die Untere Geerenstrasse. Dieser Übergang wird auch von vielen Primarschülern und Kindergartenschülern der Französischen Schule benutzt. Die Überquerung ist gefährlich: Es gibt keinen Fussgängerstreifen, und viele Autofahrer halten dort die signalisierte Geschwindigkeitsbegrenzung von 50 km/h nicht ein. Die besorgten Anwohner haben deshalb eine Petition lanciert und im Februar beim Stadtrat eingereicht. Fragen: Warum ist dieser gefährliche Übergang nicht längst gesichert worden? Weiter unten beim Schulhaus Wil an der gleichen Strasse war dies auch möglich. Welche Möglichkeiten sieht der Stadtrat, um eine Sicherung auf dieser Kantonsstrasse schnell voranzutreiben?“

*Antwort Sicherheitsvorstand André Ingold (SVP):*

Die Petition sei eingetroffen, das Bedürfnis sei erkannt. Weshalb noch nichts unternommen wurde sei wisse er nicht. Die Verkehrsinsel beim Schulhaus Wil sei illegal gebaut worden und wurde inzwischen legalisiert. Vor der Umsetzung von Massnahmen müssten zuerst Absprachen mit dem Kanton getroffen werden.

11. Hans Baumann (SP) zum Thema Lohndiskriminierung zwischen Mann und Frau:

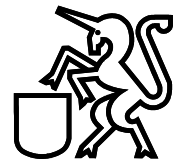
„In Beantwortung meiner schriftlichen Anfrage vom 25. Juni 2007 hatte der Stadtrat in Aussicht gestellt, im Jahr 2008 zu prüfen, ob es beim städtischen Personal Lohndiskriminierungen zwischen Mann und Frau gibt. Am 4. Mai 2009 erkundigte ich mich nach den Resultaten dieser Prüfung. Daraufhin antwortete der Stadtrat, diese Prüfung könne erst in diesem Jahr durchgeführt werden. Fragen: Ist diese Lohnanalyse durchgeführt worden oder in Vorbereitung? Gibt es schon erste Resultate oder wann sind diese zu erwarten?“

*Antwort Stadtpräsident Lothar Ziörjen (BDP):*

Die Überprüfung der Lohnsituation sei bisher noch nicht erfolgt. Man habe dies für 2009 geplant, doch kam es durch Vakanzen in der Geschäftsleitung ab Mai 2009 zu Verzögerungen. Massive Diskriminierungen würden wohl sowieso nicht aufgedeckt, da laufend eine Lohnüberprüfung stattfindet. Die Lohnanalyse sei aber versprochen, und er verspreche, dass diese Analyse im Jahr 2010 durchgeführt werde.

12. Thomas Maier (GEU) zum Thema Photovoltaik:

„Auf der Homepage der Stadt Dübendorf ist bei den aktuellen News äusserst erfreulich zu lesen, dass sich die Stadt Dübendorf als Energiestadt an den ‚Tagen der Sonne‘ beteiligt. In einem pdf-Dokument können die Vorzüge der Sonnenenergie nachgelesen werden. Zudem wird – auch äusserst erfreulich – auf die verbesserten gesetzlichen Grundlagen für die Erstellung privater Anlagen hingewiesen. Meine Frage dreht sich um den Hinweis zu einer kleinen Ausstellung der Glattwerke AG, wo eine



Sonnenkollektoranlage und ein Photovoltaikmodul besichtigt werden kann. Frage: Was kann die Stadt Dübendorf respektive eigentlich die Glattwerke AG ganz konkret als Leistungsausweis für die Förderung von Sonnenkollektoren und Photovoltaik ausweisen? Wie viele Franken mit wie vielen zusätzlichen Modulen wurden in den letzten fünf Jahren für den Ausbau der eigentlichen Solarstrombörse investiert?“

*Antwort Hochbauvorstand Hans Zeier (CVP):*

Er antwortete als VR-Präsident der Glattwerke AG. Solarkollektoren würden durch die Glattwerke subventioniert. Über genaue Zahlen könne er aber keine Auskunft geben, diese würden nachgeliefert.

### 13. Peter Schuppisser (SP) zum Thema Velokonzept:

„Am 1. April war im Glattaler zu lesen, dass sich das Velokonzept in der Umsetzung befindet. So steht, dass die Umsetzung nach Prioritäten erarbeitet wird, und dass die Velokarte und die Signalisation der Velorouten bis zum Beginn der Velosaison 2010 realisiert werden. Ich nehme mal an dass das kein Aprilscherz sein soll. Fragen: Im Juli 2009 hatte der Stadtrat das Velokonzept verabschiedet und dem Gemeinderat zugestellt. Darin enthalten ist eine Umsetzungsplanung, die im 2009 hätte beginnen sollen. Nun lesen wir, dass die Umsetzung erarbeitet wird. Bedeutet das, dass die Planung von letztem Sommer hinfällig ist? Bis wann steht die neuen Planung, wie verbindlich ist diese und wann wird diese wie kommuniziert? Wann beginnt für den Stadtrat die Velosaison 2010?“

*Antwort Sicherheitsvorstand André Ingold (SVP):*

Es sei korrekt, dass 2009 mit der Umsetzungsplanung begonnen wurde. Das Velokonzept sei im Gesamtverkehrskonzept zu betrachten. Mit dem Schulwegkonzept seien flankierende Massnahmen eingeleitet worden. Das Velokonzept werde im 3. Quartal / zu Beginn des 4. Quartals umgesetzt. Die Velokarte werde am Freitag auf der Website publiziert, sie liege dann auch bezugsbereit im Foyer des Stadthauses auf.

### 14. Andrea Kennel (SP) zum Thema Abfall Wallisellenstrasse 26:

„Bereits in der vorletzten Fragestunde war das Haus an der Wallisellenstrasse 26 ein Thema. Konkret war nicht das Haus, sondern das Schrottlager um das Haus ein Thema. Der zuständige Stadtrat hat diese Abfallansammlung mit einem Kunstwerk verglichen. Da dieses Kunstwerk nicht allen Freude bereitet, hatte ich der letzten Fragestunden mich nach der Legalität erkundigt. Daraufhin wurde erklärt, dass ein Räumungsbefehl ausgesprochen sei und innerhalb weniger Woche geräumt werde. Seither sind ein paar Monate vergangen und das Kunstwerk hat sich etwas verändert und leicht verlagert. Ein Teil des Schrottes liegt nicht mehr am Boden sondern auf Anhängern. Ein Grossteil des Schrottes ist aber immer noch und auch wieder am Boden verteilt. Die Situation ist also noch immer nicht gelöst und sicher auch noch immer nicht legal. Fragen: Wo liegt das Problem, dass dieser Schrottplatz noch immer da ist? Wann endlich greift der Stadtrat durch und räumt diesen seit Jahren illegalen Schrottplatz.“

*Antwort Hochbauvorstand Hans Zeier (CVP):*

Die Verfügung sei erlassen worden, doch sei dagegen ein Rekurs eingegangen. Zwischenzeitlich sei ein grosser Teil geräumt worden, doch wurde anschliessend wieder neues Material deponiert. Es würde behauptet, dass es sich dabei um Baumaterial handle. Dieses dort zu lagern wäre rechtens, da es ein hängiges Bauverfahren gebe. Das Verfahren zur Räumung des Areals um das Gebäude laufe immer noch, wann dieses abgeschlossen werde sei aber nicht bekannt.



## 15. Andrea Kennel (SP) zum Thema Jobbus / Suchtberatung

„Im Budget 2010 wurde für den Jobbus und für die Suchtberatung nichts budgetiert. Das wurde damit begründet, dass man nicht genau wisse, welche Kosten anfallen. Daher werde man rechtzeitig einen Nachtragskredit beantragen. Fragen: Ein Viertel des Jahres 2010 ist unterdessen vorbei, und damit sind sicher für den Jobbus und die Suchtberatung Kosten angefallen. Wann gedenkt der Stadtrat den versprochenen und sicher auch nötigen Nachtragskredit zu stellen?“

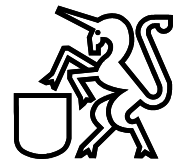
*Antwort Sozialvorstand Kurt Spillmann (SVP):*

Der Stadtrat führe Verhandlungen mit dem Zweckverband Soziale Dienste für Erwachsene im Bezirk Uster für die Beanspruchung von Leistungen in der Zeit nach 2010. Resultate dieser Verhandlungen sind Ende April / Anfang Mai zu erwarten. Ein Nachtragskredit werde anschliessend eingereicht.

---

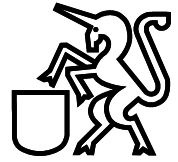
*Gemeinderatspräsident Peter Bless (BDP):*

„Mit der Beantwortung der letzten Frage stehen wir am Ende unserer heutigen Traktandenliste. Es war die letzte Gemeinderatssitzung der laufenden Legislaturperiode, und es war die letzte Sitzung meines Amtsjahres als Präsident des Gemeinderats. Da der neue Gemeinderat der Legislaturperiode 2010-2014 bereits gewählt ist und sich in vier Wochen konstituiert, und da wir heute eine Art von Überstunden geleistet haben, möchte ich meinen Rückblick auf das zurückliegende Amtsjahr kurz halten. Bei meinem Amtsantritt vor einem Jahr habe ich Sie darum gebeten, auch im Wahljahr dem Gemeinwohl verpflichtet sachbezogen zu politisieren und nicht mit eigennützig gefärbten parlamentarischen Vorstössen den Stadtrat, die Stadtverwaltung und den Gemeinderat zusätzlich zu beschäftigen. Sie haben sich weitestgehend daran gehalten, was auch mir die Arbeit als Präsident erleichtert hat. In acht Gemeinderatssitzungen ist fast ausnahmslos sachlich über stadträtliche Anträge und parlamentarische Vorstösse debattiert worden. Neben vier Interpellationen sind sechs Postulate und drei Motionen eingereicht worden. Auffallend ist dabei, dass der Rat nur die Hälfte der Postulate und keine der Motionen überwiesen hat. Die Abstimmungsergebnisse sind nach engagierten Voten in den meisten Fällen recht klar ausgefallen, und ich bin dankbar, dass Sie mich vor einem Stichentscheid bewahrt haben. Manchmal unwohl war es mir jeweils nur bei den Behandlungen und Abstimmungen der 47 vorgelegten Bürgerrechtsgesuche. Das Parlament und auch der Stadtrat sind in ihrem Beurteilungs- und Handlungsspielraum in Bürgerrechtsfragen mehr als eingeschränkt. Wenn sich das Parlament in Ausnahmefällen einmal getraut hatte, ein Einbürgerungsgesuch im Einvernehmen mit dem Stadtrat sachlich begründet abzulehnen, musste damit gerechnet werden, dass der Bezirksrat den demokratischen gefällten Entscheid aus formaljuristischen Gründen wieder umstösst. Diesem kleinen Ärger habe ich noch Luft machen müssen. Dies vor allem, weil ich ja im Präsidialjahr schweigen musste. Das Präsidialamt war eine eindrückliche und ehrenvolle Aufgabe, die mich mit Freunde und auch mit etwas Stolz erfüllt hat. In meiner Aufgabe bin ich von vielen Seiten unterstützt worden. Ich danke dem Ratsbüro für die kollegiale und konstruktive Zusammenarbeit. Danken möchte ich meinen Ratskolleginnen und Ratskollegen, dem Stadtrat und der Stadtverwaltung für die gute Zusammenarbeit. Ganz besonders danke ich dem Ratssekretär Marcel Amhof. Obwohl er erst seit gut einem Jahr im Amt ist, hat er mich im Stil eines Routiniers mit Rat und Tat unterstützt und die Büro- und Gemeinderatssitzungen perfekt vorbereitet und begleitet. Ich wünsche allen meinen Ratkolleginnen und Ratskollegen, die in vier Wochen die nächste Legislaturperiode in Angriff nehmen, weiterhin viel Freude und Erfolg im Gemeinderat. Die Ratskolleginnen Elisabeth Cafilisch, Pia Etter, Anna Hermann, Ursula Hunziker, Karin Kuster und die Ratskollegen Rudolf Herter, Toni Lanzendörfer, Stephan Schneider und Thomas Stalder schliessen mit der heutigen Sitzung ihre Tätigkeit im Gemeinderat ab. Ich danke Euch für euer Engagement im Gemeinderat und wünsche auch Euch für die Zukunft alles Gute.“



*Stadtpräsident Lothar Ziörjen (BDP):*

„Sehr geehrter Herr Ratspräsident, lieber Peter. An der Ratssitzung vom 4. Mai 2009 wurdest du mit 34 von 36 massgebenden Stimmen mit einem hervorragenden Resultat zur Ratspräsidenten für das Amtsjahr 2009/2010 gewählt. Nachdem du bereits im Amtsjahr 1983/84 als 10. Gemeinderatspräsident den Rat präsidieren durftest, kam dir im vergangenen Amtsjahr nach 26 Jahren zum zweiten Mal die Ehre zu, der höchste Dübendorfer zu sein. Damit bist du der erste Dübendorfer, der das erreicht hat und unwiderruflich in die Geschichte eingeht. Das kann dir niemand mehr nehmen. Du hast dir zum Ziel gesetzt, den Rat möglichst effektiv und sachlich zu führen. Mit deiner grossen Erfahrung und dem respektvollen Umgang mit den Ratsmitgliedern hast du dieses Ziel erreicht und verdienst den Dank von uns allen. Offensichtlich macht dir die Parlamentsarbeit soviel Freude, dass du nun voll Tatendrang wieder als einfaches Mitglied während einer weiteren Amtsdauer politisieren wirst. Dass du künftig auch noch als Präsident der evangelisch-reformierten Kirchenpflege amtest, sei hier nur am Rande erwähnt, zeigt aber auch deutlich, welches grosses Verantwortungsgefühl du für die Öffentlichkeitsarbeit aufbringst. Lieber Peter, ich hoffe, dass dir diese Freude noch lange erhalten bleibt. Repräsentationsaufgaben für Dübendorf sind dir wichtig. Dies spürt man und du warst deshalb wo immer du eingeladen warst ein angesehener Gast. Mit deiner ruhigen und respektvollen Art hast du Dübendorf würdevoll vertreten. Nachdem das Amtsjahr 2009/10 und damit auch gleichzeitig die Legislatur 2006/10 zu Ende gehen, soll man auch noch kurz einen Rückblick machen. Im Hinblick auf die bevorstehenden Gesamterneuerungswahlen auf Ende des Amtsjahres wurde manchmal mit teilweise harten Bandagen politisiert. Dies hat dich aber nie aus der Ruhe gebracht. Zu erwähnen ist auch noch, dass während dem vergangenen Amtsjahr nie ein Stichtscheid des Ratspräsidenten nötig war. Es wurden wie im Vorjahr acht Ratssitzungen durchgeführt. Auch in diesem Jahr wurden wieder wichtige und teilweise auch umstrittene Geschäfte behandelt und dabei heftig und mit Emotionen begleitet diskutiert. So fallen in deine Amtszeit die nachfolgend kurz aufgeführten Entscheide. Viel zu Reden gab der Zusatzkredit für die Krippe. Es wurde heftig diskutiert und schlussendlich auf Antrag der GRPK mit grosser Mehrheit die Rückweisung an den Stadtrat, respektive die Primarschulpflege beschlossen. Der Zusatzkredit für den Hort und Mittagstisch fand nach einer emotional geführten Diskussion und einem an der Ratssitzung eingebrachten erhöhten Kostendeckungsgrad eine grosse Mehrheit. Der Private Gestaltungsplan Bogenhaus an der Überlandstrasse beim Bahnhof wurde einstimmig unterstützt. Eine längere Diskussion fand bei der Änderung des Pensionskassenreglementes statt, die dann aber mit grosser Mehrheit genehmigt wurde. Unbestritten war der private Gestaltungsplan Waldmannsburg, womit eine massvolle Entwicklung und eine Konsolidierung des Fortbestandes geregelt werden konnte. Auch keine grossen Wellen warfen die Statutenänderungen des Zweckverband Spital Uster, die ohne Gegenstimme genehmigt wurden. Heute, an deiner letzten Ratssitzung als Ratspräsident gab es mit der Teilrevision des kommunalen Nutzungsplan und der Teilrevision der Anstellungs- und Besoldungsverordnung nochmals zwei wichtige Geschäfte zu behandeln. Mit deinem Ratsausflug hast du die Teilnehmenden in deine zweite Heimat, an deine langjährige berufliche Wirkungsstätte, der Universität Zürich, geführt. Bei einem verregneten Tag führte ein kurzer Fussmarsch durch den Irchelpark zur Universität Irchel. In Gruppen konnten die Interessierten die imposante Haustechnik und die Kunst am Bau besichtigt werden. Nach der anschliessenden kurzen Tramfahrt zum Rechtswissenschaftlichen Institut an der Rämistrasse, konnte man die durch den Stararchitekten Santiago Calatrava gestaltete Bibliothek bewundern. Nach dem freundlichen Empfang durch den Rektor Prof. Dr. Andreas Fischer und einem Apéro wurde der Abend mit einem Nachtessen besonderer Art im Restaurant UniTurm abgeschlossen. Lieber Peter, es war dir anzusehen, dass dir dieser Ratsausflug viel Spass und Freude gemacht hat. Die Teilnehmenden haben es genauso empfunden und den Tag trotz Regenschauer sehr genossen. Wir alle danken dir für diesen schönen und eindrücklichen Ausflug ganz herzlich. Nun ist es aber soweit und du nimmst wieder im Rat Platz. Grund genug dir für dein grosses Engagement im vergangenen Amtsjahr im Namen aller Dübendorferinnen und Dübendorfer, der Ratskolleginnen und Ratskollegen und natürlich im Namen des Stadtrates ganz herzlich zu danken.“



Einwände:

Keine Einwände gegen die Geschäftsführung.

---

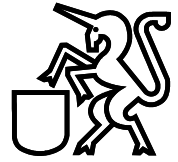
Schluss der Sitzung: 22.20 Uhr

---

**Für die Richtigkeit**

Der Sekretär

Marcel Amhof



**Eingesehen und für richtig befunden**

GEMEINDERAT DÜBENDORF

Peter Bless, Ratspräsident

Rolf Biggel, Stimmenzähler

Stefanie Huber, Stimmenzählerin

Stephan Schneider, Stimmenzähler